

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt

NR. 2
JUNI 2004
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

www.deza.admin.ch



Die Osterweiterungen der EU: Herausforderungen auf vielen Ebenen

Rumänien müht sich ab – mit Korruption,
Demokratie und EU-Beitritt

Kann humanitäre Hilfe auch schaden?
Mary Anderson im Interview

DOSSIER



EU-OSTERWEITERUNGEN

70 Millionen neue Bürgerinnen und Bürger – und was nun?

Die Osterweiterungen – ob die nun vorgenommene oder die noch anstehenden – stellen ganz Europa vor grosse Herausforderungen

6

Historisch einmalige Partnerschaft

Der Transitions-Experte Alex Melzer im Interview

12

Von unten gestützte Transition

Die schweizerische Ostzusammenarbeit unterstützt die Verankerung der Zivilgesellschaft in Bulgarien

14

Ausgebildet der Armut entfliehen

Um die Lebensbedingungen von ausgegrenzten Jugendlichen und Frauen zu verbessern, fördert die DEZA in Peru die Berufsbildung

24

FORUM



«Humanitäre Hilfe hat immer Auswirkungen auf den Krieg»

Die Amerikanerin Mary Anderson über die Gefahren unbedachter oder falsch konzipierter Hilfeleistungen

26

Die neue Gewalt

Der honduranische Schriftsteller und Journalist Julio Escoto über neue Denkschemen und frische Visionen

29

Inhalt

HORIZONTE



RUMÄNIEN

Zähe Rückerobung der geraubten Würde

Nach einem halben Jahrhundert autoritären Regimes müht sich Rumänien mit dem Übergang zu einem demokratischen System und zur Marktwirtschaft ab

16

Woodstock am Schwarzen Meer

Liviu Papadima über seinen Kampf um einen Nudistenstrand

20

DEZA

Solidarität ist eine Haltung, keine Vergleichsrechnung!

DEZA-Direktor Walter Fust über die Mess- und Vergleichbarkeit der Entwicklungshilfe

21

Chirurgische Kunst unter widrigsten Umständen

Die Katastrophenmedizin wird durch eine angemessene Ausbildung aufgewertet

22

KULTUR



Zeitgenössische Fotokunst aus Afrika

Die Ausstellung «Rites sacrés / Rites profanes» in Bern zeigt eine Auswahl der Foto-Biennale von Bamako

30

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich sind... Stake Holder?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.



Angst, Mut und Woodstock am Schwarzen Meer

Die seit dem 1. Mai vollzogene Osterweiterung der EU ist nicht nur ein einmaliges, sondern auch ein gewaltiges Mammutprojekt. Nur schon die Zahlen dahinter sind beeindruckend: Zehn neue Länder gehören zur EU – gesamtfaßt zählt sie nun 25 Länder – es entsteht ein riesiger Binnenmarkt von 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern – das Gesamtbudget der erweiterten EU beläuft sich dieses Jahr auf 111,3 Milliarden Euro – allein 50 Milliarden Euro sollen jährlich umgelagert und in strukturschwache Regionen investiert werden.

Die Zahlen können Angst machen, an Herausforderungen wird es nicht fehlen: Die einen befürchten eine Einwanderungswelle, andere einen Wohlstandsgraben zwischen den neuen und alten EU-Ländern, wieder andere streiten sich um die beste Verteilung der Finanzen. Die Zahlen können aber auch Mut machen: Die wirtschaftlichen Interessen der erweiterten EU gehen Hand in Hand mit mehr Sicherheit. Gemeinsam will man Gefahren wie internationalem Terrorismus oder Umwelt- und Naturkatastrophen begegnen. Die Stabilität innerhalb Europas wird zunehmen. Und: «Die Erweiterung und ein Binnenmarkt mit 450 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten schaffen mehr Wohlstand innerhalb der Union», schreibt unser Dossier-Autor Stephan Israel. Er verfolgt die EU täglich direkt aus ihrem Nervenzentrum in Brüssel. Darüber hinaus kennt er als ehemaliger langjähriger Balkan-Korrespondent auch einige der neuen EU-Mitgliedstaaten bestens von innen.

Gerade von den erhofften positiven Auswirkungen werden auch unsere Partnerländer, mit denen die DEZA seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Form der Ostzusammenarbeit erfolgreich tätig ist, vorab in Sachen Stabi-

lität profitieren. Doch genau dort, wo die EU mit ihrer Grösse und ihrer Hauptherausforderung – nämlich die möglichst schnelle und vollständige Integration der neuen EU-Länder – an ihre Grenzen stösst und damit auch Schwächen zeigt, liegt die Spezialität und damit Stärke der Schweizerischen Ostzusammenarbeit und der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden.

Seit je stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt, arbeiten sozusagen von unten nach oben. Konkret heisst das, dass wir beispielsweise den oft mühseligen Transitionsprozess der Länder Osteuropas an der Basis, bei den Leuten vor Ort unterstützen, indem wir die Zivilgesellschaft und damit den Demokratisierungsprozess stärken. Das ist international gesehen vielleicht nicht so spektakulär, sicher jedoch für diese Länder genauso überlebenswichtig und auf lange Sicht unabdingbar. Wie das vor sich gehen kann, lesen Sie im Artikel «Von unten gestützte Transition» unseres Osterweiterungs-Dossiers (Seite 6 bis 15).

Rumänien gehört noch nicht zur EU, dennoch geschieht auch dort Transition, wie das Länderportrait (Seite 16) beweist. Ein wunderbares, witziges und gleichzeitig nachdenkliches Beispiel dafür, wie die Menschen vor Ort selber die Transition wahrnehmen, was es für sie ganz konkret in ihrem Alltag oder eben in ihren Ferien bedeutet, beschreibt der Rumäne Liviu Papadima für Sie (Seite 20) in seinem Artikel «Woodstock am Schwarzen Meer».

Viel Spass bei der Lektüre wünscht Ihnen

Harry Sivec

Chef Medien und Kommunikation



Wrummm....wrumm....Vuma

(bf) Die Tankstelle liegt an der Strasse zu den Viktoria-Fällen in der Nähe von Livingstone in Sambia und fällt durch ihr riesiges Strohdach auf. Doch nicht nur dieses (feuersichere) Dach unterscheidet die erste Benzin-Tankstelle der Petrolgesellschaft Vuma von anderen. Vuma (in sambischer Lokalsprache bedeutet es Energie) ist ein David unter Goliaths wie BP oder Esso. Vor allem durch ihr Bekenntnis zu sozialer Verantwortung gegenüber der Lokalbevölkerung hat sie bereits Erfolg. So offeriert sie ihren Kunden freien Internet-Zugang, bezahlt einen Arzt, welcher einmal pro Monat den ortsansässigen Kindern gratis elementare Gesundheitspflege bietet, beim Bau der Tankstelle wurden vorwiegend lokale Handwerker berücksichtigt, die 16 Angestellten sind alles Einheimische, und mit einem Teil des Gewinns sollen in Zusammenarbeit mit der lokalen Behörde Bildungsprogramme unterstützt werden.

In nächster Zeit plant Vuma mit diesem Konzept weitere 200 Tankstellen in Ländern der Sub-Sahara inklusive Zimbabwe, Angola und Tansania.

Kampf gegen Vorurteile

(bf) Seit biblischen Zeiten ist Lepra der Inbegriff einer stigmatisierenden Krankheit. Nicht nur die Ansteckungsgefahr, sondern auch das entstellte Äussere vieler Geheilter haben zur Folge, dass

Betroffene bis heute vielerorts von ihren Familien verstossen werden. So auch in Tschad, wo rund 20 Kilometer ausserhalb der Stadt N'Djamena ehemals Lepra-Kranke Kräuter und Gemüse anbauen. Doch – obwohl von der Krankheit geheilt – kauft ihnen auf den lokalen Märkten niemand das Gemüse ab, so dass sie es durch «nicht-amputierte Verwandte», wie Aboubakar Ahmat, ein ehemaliger Lepra-kranker sagt, verkaufen lassen. Lepra ist eine typische Armuts-krankheit, am schwersten betroffen sind Gebiete in Indien, Brasilien und Afrika. Mangelnde Hygiene und Unterernährung fördern ihre Ausbreitung. Trotz intensiver, über hundertjähriger Forschung ist noch nicht endgültig geklärt, wie die Krankheit übertragen wird. Weltweit gibt es rund vier Millionen ehemalige Lepra-Kranke, denen Körperteile amputiert werden mussten. Gemäss der Weltgesundheitsorganisation WHO ist die Krankheit in den letzten Jahren auf dem Rückzug.

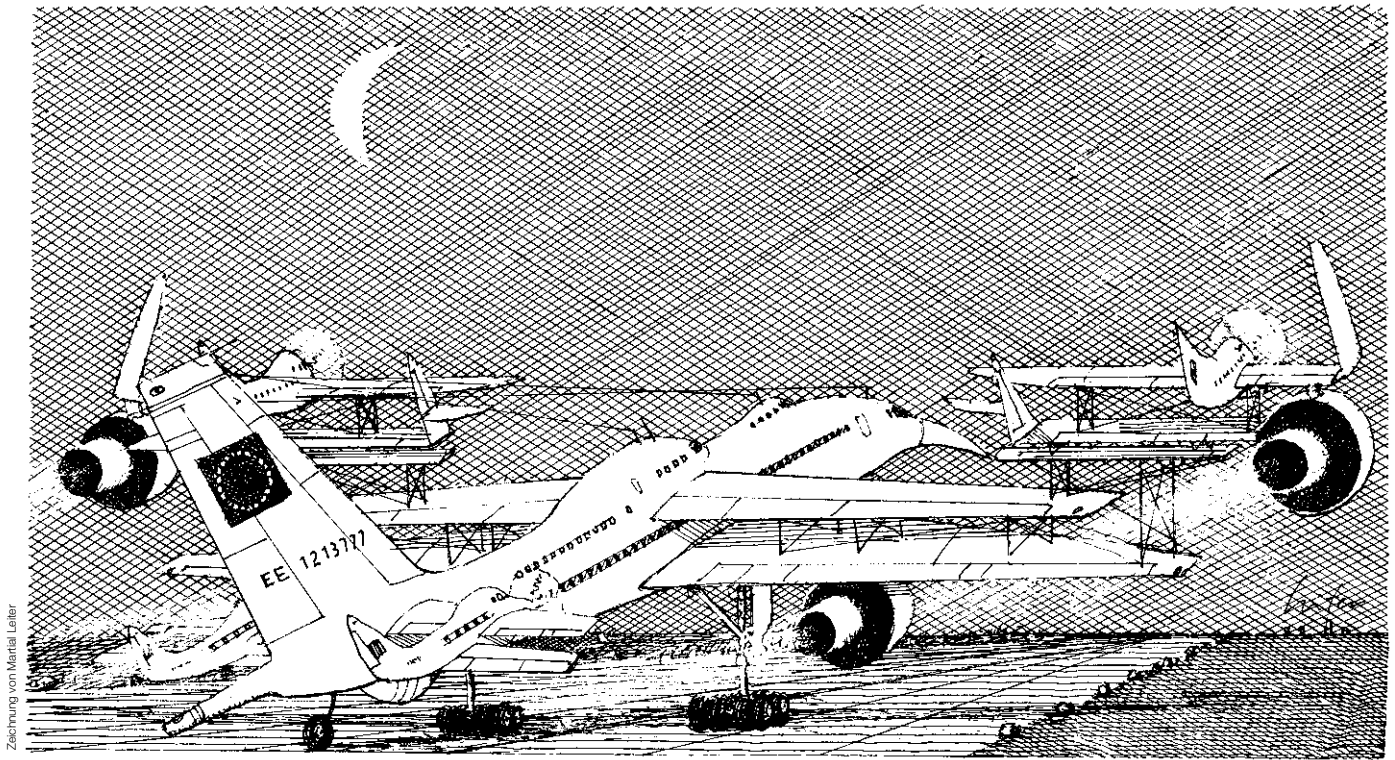
Passagiere retten Bahnlinie

(jls) Im Südosten Madagaskars steht eine ganze Region zusammen, um eine zum Verschwinden verurteilte Bahnlinie zu retten. Weil geteerte Strassen weitgehend fehlen, hängen rund 100 000 Menschen von der 163 Kilometer langen Bahnlinie ab, welche die Stadt Fianarantsoa mit dem Hafen Manakara verbindet. In den 1990er Jahren wurde die Linie mancherorts verschüttet, es wurde nichts investiert, und wegen Verwaltungsfehlern verschlechterten sich sowohl Infrastrukturen wie Dienstleistungen beträchtlich. Im Jahr 2000 überwand die drei lokalen Ethnien erstmals ihre alten Differenzen und unterzeichneten einen Vertrag für die Instandstellung der Bahnlinie. Mit Unterstützung internationaler Geldgeber und dem Segen der traditionellen Stammeschefs fingen sie an, die Schienen zu schützen und den Untergrund zu festigen, um Entgleisungen vorzubeugen. Die Resultate sind ermutigend: Die Linie wies 2002 erstmals Gewinn aus.

Mitsprache gefordert

(bf) In Peru mehrten sich die Proteste der lokalen Bevölkerung gegen die Privatisierung des Tourismus. Bereits 2001 wurden mit Unterstützung der UNESCO ein umstrittenes Seilbahnprojekt und der Bau eines Luxushotels in den Ruinen des Weltkulturerbes Machu Picchu auf Eis gelegt.





Zeichnung von Martial Leffler

Guten Flug



Topfboven / lat

Nun gehen insbesondere die Bauern rund um die Festungsstadt Kuelap der Chachapoya-Kultur (sie stammt aus der Vor-Inkazeit) sowie der Region von Playa Hermosa/Tumbes an der nordperuanischen Küste auf die Barrikaden. In beiden Regionen kämpfen sie gegen Enteignung und Ausgrenzung. In Kuelap plant die Regierung auf einer Fläche von insgesamt 6000 Hektaren die Vergabe der kommerziellen touristischen Nutzung an ausländische Konzessionäre.

In Playa Hermosa ist ein riesiger Freizeitkomplex mit Luxushotels geplant. Dieser würde nicht nur den Fischern den Zugang zum Meer verwehren, sondern auch Ackerland für Bananen- und Gemüseanbau sowie Reisfelder zerstören. Die Bauern beider Regionen reklamieren eine nachhaltige Tourismusentwicklung und verlangen, dass sie – welche u.a. über Jahrhunderte die historisch bedeutsamen Festungsstätten gepflegt und erhalten haben – voll

in die Tourismusplanung einbezogen werden.

Tödlicher Rauch

(bf) Rauch von Feuerstellen, die sich im Haus befinden, tötet in den Entwicklungsländern jährlich 1.6 Millionen Menschen, davon rund eine Million Kinder. Dies zeigt eine Untersuchung der Intermediate Technology Development Group aus Großbritannien. Damit ist die in Häusern produzierte Luftverschmutzung die viertgrößte Todesursache in den ärmsten Ländern der Welt und liegt noch

weit vor Malaria oder unsauberem Wasser. Die Schadstoffwerte in den Häusern der Ärmsten in den Entwicklungsländern liegen oft über hundert Mal höher als die empfohlenen Werte. Erwiesen ist, dass Frauen, die mit Biomasse über offenem Feuer kochen, viermal eher an chronischen Lungenkrankheiten wie beispielsweise chronischer Bronchitis leiden. In China ist zudem nachgewiesen worden, dass Frauen, die an offenen Kohleherden kochen, vermehrt an Lungenkrebs, Asthma und Tuberkulose erkranken und untergewichtige Bébés gebären. Zur Lösung des Problems schlagen Experten saubereres Brennmaterial vor, was sich jedoch viele Menschen nicht leisten können, oder besser gebaute Kaminherde und Rauchkappen, welche die Schadstoffe bis zu 80 Prozent verringern helfen.



Peter Stäger

70 Millionen neue Bürgerinnen und Bürger – und was nun?



DOSSIER

Nagy körösi út, Ungarn, 2002

Die Osterweiterungen der EU – ob die nun vorgenommene oder die noch anstehenden – stellt ganz Europa vor grosse Herausforderungen. Momentan stehen die Finanzen, die Migrationsfrage, die Integrationspolitik sowie die Strukturanpassungen im Vordergrund. Und bereits bereiten die Balkanstaaten ihre Annäherung an die EU vor. Von Stephan Israel*.



Patricia Laguerre

Seit dem 1. Mai zählt die Europäische Union zehn neue Mitgliedsländer, beziehungsweise 70 Millionen neue Bürgerinnen und Bürger. Die Osterweiterung kostete jeden EU-Bürger im Jahr 2004 beinahe 25 Euro. Mit dem Rechenbeispiel will die EU-Kommission in Brüssel die Mitgliedstaaten zu mehr Grosszügigkeit anspornen. Die Vorteile der Erweiterung seien weitaus grösser als die finanziellen Lasten, wirbt die EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer für das Jahrhundertprojekt. Um die zehn neuen Staaten in die Europäische Union zu integrieren, wird der EU-Haushalt im laufenden Jahr um 5,1 Milliarden auf 111,3 Milliarden Euro steigen. Für eine Union von 25 Mitgliedern entspreche dieser Haushalt weniger als einem Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU.

Die Diskussion darüber, wie viel sich die Union die Integration zwischen 2007 und 2013 kosten lassen will, hat erst begonnen. Die so genannten Nettozahler, mit Deutschland an der Spitze, wollen das Budget der EU bei einem Prozent einfrieren. Die Kommission plädiert dafür, mit Rücksicht auf die neuen Aufgaben deutlich aufzustocken.

Vor allem ärmere Gebiete fördern

Es geht um jährlich 50 Milliarden Euro, die umgelagert und in strukturschwache Regionen investiert werden sollen. Viel Geld lässt sich die EU bereits heute ihre Kohäsions- und Regionalpolitik kosten. Da geht es vor allem darum, ärmere Gebiete zu fördern und an das durchschnittliche Wohlstandsniveau heranzuführen. Die EU will damit regionale Unterschiede verringern, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt stärken und dafür sorgen, dass sich die Lebensverhältnisse zwischen Ostungarn, Bayern und Südspanien angleichen.

Alle sollen im Binnenmarkt der 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger ähnliche Chancen und Möglichkeiten haben. Die EU unterstützt die Finanzierung von Brücken, Kläranlagen, Innovationszentren oder gibt Starthilfen für Kleinbetriebe. Viele Mittel werden auch in den Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Westeuropa fliessen, um die neuen Märkte im Osten besser und kostengünstiger anzubinden und zu erschliessen. Bis wirtschaftlich und strukturell das EU-Durchschnittsniveau erreicht ist, werden vermutlich

Die Schweiz und die Transition im Osten

Seit 1990 unterstützt die Schweiz den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Wandel in Osteuropa: In der ersten Phase wurden die Reformen in Zentral-europa (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei) gefördert. 1992 erfolgte eine Ausweitung der Unterstützung auf einzelne südost-europäische Staaten (Albanien, Bulgarien, Rumänien), ein Jahr später auf Regionen und Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), insbesondere Zentralasien und Südkaukasus. In Folge der kriegesischen Konflikte im Balkan fand ab 1999 eine Neuausrichtung der Programme auf Ex-Jugoslawien (Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro, Kosovo, Mazedonien) statt. Damit erfolgte eine sukzessive Verlagerung der Unterstützung zugunsten ärmerer Regionen und kriegsversehrter Länder.

Das Parlament hat für die Ostzusammenarbeit Rahmenkredite von insgesamt 3,05 Mia. Franken zur Verfügung gestellt. Die Durchführung der Ostzusammenarbeit obliegt der DEZA und dem Staatssekretariat für Wirtschaft *seco*, wobei das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA die Gesamtkoordination mit weiteren Bundesämtern, wie etwa dem Bundesamt für Flüchtlinge im Migrationsbereich, übernimmt. Im Hinblick auf die Weiterführung der Ostzusammenarbeit werden die eidgenössischen Räte in diesem Jahr über zwei neue Vorlagen befinden: Über einen neuen vierten Rahmenkredit für die Jahre 2005-2008 und die damit einhergehende Erneuerung der Rechtsgrundlage in Form eines Bundesgesetzes.



Vikolinec, Slowakei, 1993

noch zwei bis drei Jahrzehnte vergehen. Seit der Süderweiterung in den 1980er Jahren ist der Grossteil des Geldes Richtung Spanien, Portugal und Griechenland geflossen. Doch auch zum Beispiel Ostdeutschland hat nach der Wiedervereinigung tüchtig profitiert. Mit der Erweiterung erhalten die bisherigen Profiteure der Brüsseler Finanzspritzen Konkurrenz durch die neuen «Armen» in Osteuropa. Der zuständige Kommissar Michel Barnier rechnete vor, dass das Pro-Kopf-Einkommen der zehn Beitrittsländer im Durchschnitt bei nur 46 Prozent der EU der 15 Mitgliedstaaten liege.

Kontroverse um mögliche Migrationswelle

Neben dem Streit ums Geld trübt auch die Angst vor der Einwanderungswelle die Feierstimmung. Polen, Tschechen oder Slowaken könnten zu Zehntausenden Richtung Westen ziehen auf der Suche nach Arbeitsplätzen und verführt durch die Aussicht auf Sozialleistungen, so die Furcht in den Hauptstädten der alteingesessenen Mitglieder.

Wer im Osten Europas mobil ist, sei längst im Westen angelangt, entgegnet Peter Havlik vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW). Er glaubt, wie die meisten Migrationsexperten, nicht an die grosse Einwanderungswelle. Erstens wachse die Wirtschaft in den neuen Mitgliedsländern deutlich schneller als im Westen des Kontinents und biete daher mittelfristig mehr Jobmöglichkeiten. In den alarmistischen Prognosen werde die Mobilität der Menschen überschätzt. Es sei schwierig genug, Arbeitskräfte etwa zum Umzug vom armen Ostungarn ins prosperierende Westungarn zu bewegen. Der Arbeitssuche noch weiter westlich steht zusätzlich die Sprachbarriere im Weg.

Wären also die Barrieren, die von den alteingesessenen EU-Mitgliedern in Hinblick auf den 1. Mai errichtet wurden, gar nicht nötig? Deutschland und

Österreich als direkte Nachbarn der Neumitglieder wollten von Anfang an die vollen sieben Jahre Übergangsfrist ausschöpfen. Von den fünf Ländern, die ursprünglich die Newcomer ohne Einschränkungen auch auf dem Arbeitsmarkt willkommen heissen wollten, sind die Niederlande, Dänemark und Schweden umgekippt.

«Wir hatten geglaubt, dass die meisten anderen EU-Länder ihre Grenzen ebenfalls öffnen würden», erklärt Schwedens Einwanderungsministerin Barbro Holmberg die Kehrtwende. Die Schweiz, Insel im EU-Land, pocht in den Verhandlungen mit Brüssel auf gleich lange Übergangsfristen für die Öffnung des Arbeitsmarktes. Als letztes schwenkte auch Grossbritannien um, dessen Regierung den Zugang zu Sozialleistungen einschränkte. Nur wer mindestens zwei Jahre im Land gearbeitet hat, darf Unterstützung beanspruchen.

Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland

Joanna Apap vom Brüsseler Zentrum für Europäische Politikstudien (Ceps) hält die grosse Invasion für einen Mythos. Ihrer Ansicht nach errichten Westeuropas Regierungen die neuen Hürden, weil sie sich vor ihren Populisten fürchten. Dabei sei rundum bekannt, dass wegen der Überalterung Arbeitskräfte in vielen Branchen gefragt seien. Die Mitgliedstaaten, klagt Erweiterungskommissar Günter Verheugen, hätten es verpasst, die öffentliche Meinung auf die historische Wiedervereinigung des Kontinents vorzubereiten. Er zeigt sich jedoch zuversichtlich, dass sich die Ängste als unbegründet herausstellen und die Übergangsfristen nicht in voller Länge beansprucht werden.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks hätten einige im Westen bereits die Ankunft von 25 Millionen Sowjetbürgern prognostiziert, relativiert



Paul Reas / Network / Lookat

Bieszczady, Polen, 2001

auch Jean-Pierre Garson von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris. Stattdessen seien hunderttausende Jugoslawen gekommen, mit denen niemand gerechnet habe. Der OECD-Mann will damit sagen, dass nur Katastrophen wie Kriege massive Wanderungswellen auslösen können. Die Migration als Folge der Osterweiterung werde ohnehin keine Einbahnstrasse sein: «Die Leute kehren gerne wieder in ihre Heimat zurück, wenn es dort wirtschaftlich besser geht.»

So war es auch nach der Süderweiterung um Spanien, Portugal und Griechenland. Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Beitritt sorgte dafür, dass spanische und portugiesische Gastarbeiter in ihre Heimat zurückkehrten. Heute sind Spanien oder Griechenland selber Einwanderungsländer mit überdurchschnittlich schnell wachsendem Ausländeranteil. Ähnlich, prognostiziert Jean-Pierre Garson, werde es auch Polen, Tschechien oder Ungarn in naher Zukunft ergehen.

Ostwärts geschobener Wohlstandsgraben

Nicht Tschechen und Polen werden in erster Linie Richtung Westen ziehen, sondern Moldawier, Ukrainer oder Weissrussen werden ihr Glück jenseits der neuen Aussengrenze suchen, betont Jean-Pierre Garson von der OECD. Die Erweiterung hat am 1. Mai die Geografie verändert, das Zentrum verlagert sich Richtung Osten und Länder wie Russland, die Ukraine oder Serbien sind zu neuen Nachbarn der Europäischen Union geworden. Neumitglieder wie Polen, Ungarn oder Slowenien müssen oder mussten bereits gegenüber ihren östlichen Nachbarn Visa-Pflicht einführen.

Den Neumitgliedern fällt die schwierige Aufgabe zu, die neue Aussengrenze der EU zu sichern. Polnische oder ungarische Grenzwachter entschei-

den in Zukunft darüber, wer in die erweiterte Union einreisen darf. Die Diskrepanz zwischen Neumitgliedern und «Sitzenbleibern» wird schnell zunehmen. Europas Integration schiebt den Wohlstandsgraben zuerst einmal weiter ostwärts.

Die Erweiterung und ein Binnenmarkt mit 450 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten schaffen mehr Wohlstand innerhalb der Union. Die EU muss jedoch auch ein Interesse an Stabilität jenseits ihrer Grenzen haben und will den neuen Nachbarn ebenfalls eine längerfristige Perspektive bieten. Am Gipfel in Thessaloniki Ende vergangenen Juni haben die EU-Staats- und Regierungschefs den Balkanländern erstmals den Beitritt in Aussicht gestellt.

Auf dem Balkan habe die EU modellhaft mit dem Aufbau eines Sicherheitsgürtels in unmittelbarer Nachbarschaft begonnen, so Marie-Jeanine Calic, Balkan-Referentin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. 80 Prozent der in der Region stationierten Friedenstruppen werden von EU-Mitgliedstaaten gestellt. Die EU ist auch der wichtigste Geldgeber auf dem Balkan. Innerhalb von zehn Jahren wurden mehr als sechs Milliarden Euro in finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung gesteckt.

Reformwillige Balkanstaaten pochen auf finanzielle Hilfe

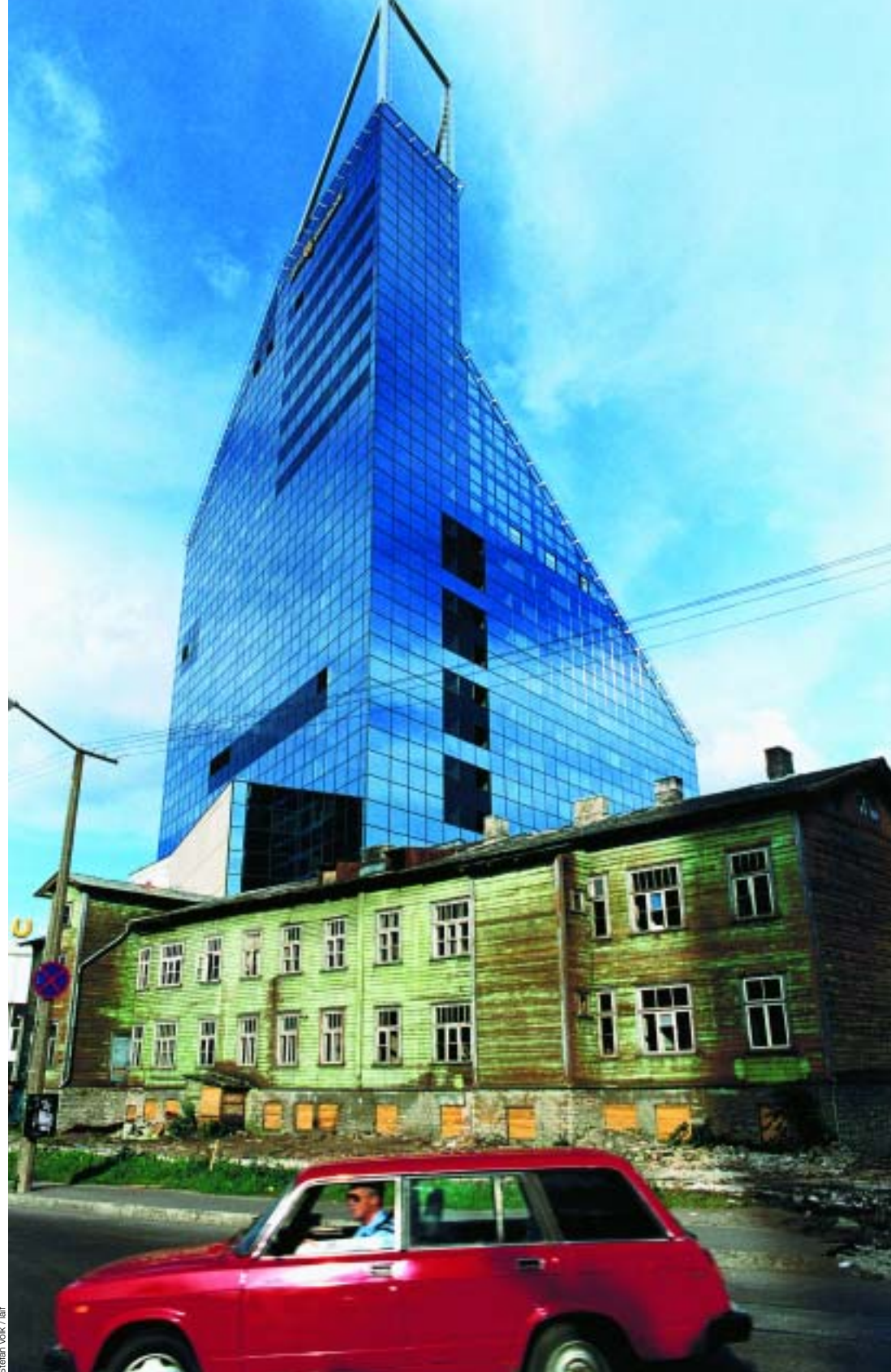
Das Instrument, um die ehemals jugoslawischen Teilrepubliken sowie Albanien an die EU heranzuführen ist die so genannte Stabilisierungs- und Assoziierungsstrategie. Zwei Länder, Kroatien und Mazedonien, sind am weitesten fortgeschritten und konnten bereits ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU abschliessen. Die EU unterstützt die Staaten bei Verwaltungsreformen und beim Aufbau von Institutionen nach EU-Standards.

Erweiterung zahlt sich aus

«Wir sind auf jeden Fall auf der Gewinnerseite», sagt Erweiterungskommissar Günter Verheugen: Gerade Länder wie Deutschland oder Österreich, die sich als direkte Nachbarn der neuen Mitglieder besonders vor Zuwanderern und hohen Kosten fürchten, gehören in der Tat zu den grössten Gewinnern. Österreich profitiere in hohem Masse von der Erweiterung, schreibt beispielsweise die Bank Austria-Creditanstalt. Zwölf Prozent der österreichischen Exporte gehen bereits Richtung Mitteleuropa, Tendenz steigend. Österreichische Unternehmen sind zudem mit durchschnittlich acht Prozent unter den führenden Direktinvestoren in den neuen Mitgliedsländern. Dort ist das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr mit prognostizierten 3,9 Prozent doppelt so hoch als in der «alten» EU. Der Wachstumsschub sei durch die Beitrittsbeihilfen der EU in der Höhe von 23 Milliarden Euro deutlich begünstigt worden, so der Bankenbericht.

Spezialfall Türkei

Wird die Europäische Union eines Tages an den Iran, Irak und an Syrien grenzen? Noch vor Ende Jahr soll die Entscheidung fallen, ob die EU mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufnehmen wird. Um die Frage einer Mitgliedschaft der Türkei zeichnet sich innerhalb der Union ein Glaubenskrieg ab, der die Wahlen zum Europaparlament im Juni beeinflussen könnte. Vor allem konservative Politiker führen kulturelle und religiöse Gründe sowie die schiere Größe des Landes mit derzeit über 60 Millionen Einwohnern als Gegenargumente ins Feld. Die EU als politische Gemeinschaft werde an der Türkei zerbrechen. Die Befürworter argumentieren umgekehrt, die EU sei bei der Türkei im Wort. Die Türkei, die frühestens im nächsten Jahrzehnt beitragsfähig sein dürfte, werde zudem ein anderes Land sein als die Türkei von heute. Motiviert durch die Beitrittsperspektive habe die Türkei sich in den letzten Jahren stärker verändert als in den 80 Jahren zuvor.



Stefan Volk / laif

Tallin, Estland, 2002

Gleichzeitig können die Staaten weitgehend zollfrei ihre Produkte in den Binnenmarkt exportieren. Die Balkanstaaten pochen jedoch auf mehr finanzielle Hilfen, um die Reformen auch umsetzen zu können. Dabei wird nach Ansicht von Marie-Jeanine Calic übersehen, dass die institutionellen Voraussetzungen oft fehlen, um riesige Summen von Geld auch sinnvoll einzusetzen. Gegenwärtig könnten deshalb nur etwa die Hälfte der EU-Zuschüsse gezielt für Projekte ausgegeben werden. Die Wahlsiege von Nationalisten und Rechtsradikalen in Ser-

bien und in beschränktem Masse auch in Kroatien nähren zusätzlich Zweifel, ob der Reformkurs Richtung Europa ohne Unterbrechung fortgesetzt wird. Auch die ungelösten Fragen zum Status Kosovos, beziehungsweise zur Zukunft des Staatenbundes Serbien-Montenegro, stehen einem schnellen Aufbruch der Region Richtung Europa im Weg. Das Tempo der Annäherung an die EU hänge einzig und allein von individuellen Fortschritten der Aspiranten ab, heisst es in Brüssel. Die Botschaft richtet sich unter anderem an Kroatien, das auf ei-



Budapest, Ungarn, 2002



Kakenieki, Lettland, 2002



Temelin, Tschechien, 2000

nen Beitritt 2007 zusammen mit Rumänien und Bulgarien setzt. Doch so ganz in ihrer Hand haben es die Beitrittsinteressenten nicht: Ob und wann es zu einer nächsten Erweiterungsrunde kommt, wird davon abhängen, wie die EU ab dem 1. Mai die Aufnahme der zehn neuen Mitglieder verkraftet.

Schrittweise Öffnung des Binnenmarktes

Aus gutem Grund hat die EU den Nachbarn weiter östlich und im Mittelmeerraum bisher den Beitritt als Perspektive gar nicht angeboten. Die Union offeriert diesen Ländern im Rahmen ihres Programms «Wider Europe» im Gegenzug zu Reformen Richtung Rechtsstaat und westlicher Marktwirtschaft eine schrittweise Öffnung des Binnenmarktes. Im Juni will der zuständige Kommissar Verheugen ein Aktionsprogramm vorstellen. Wichtigste Adressaten sind vorerst die Ukraine, Moldawien, Jordanien, Tunesien, Marokko sowie Israel und die Palästinensergebiete. Die EU exportiert ihre Standards und er-

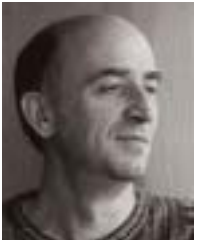
wartet in der näheren Nachbarschaft EU-kompatible Gesetze. Die neuen Nachbarn können dafür ihre Produkte und Dienstleistungen innerhalb der EU verkaufen und längerfristig auf freien Personenverkehr hoffen.

Die wirtschaftlichen Interessen gehen Hand in Hand mit mehr Sicherheit. Gemeinsam will man Gefahren wie internationalem Terrorismus oder Umwelt- und Naturkatastrophen begegnen. Selbstlos ist die Unterstützung für die neuen Nachbarn nicht. Ziel der EU müsse es sein, eine Zone der Prosperität und der freundlichen Nachbarschaft anzustreben. Langfristige Perspektive sei ein Binnenmarkt mit einer Milliarde Menschen, so Verheugen. Kommissionspräsident Romano Prodi sprach einst von einem «Ring von Freunden», mit denen die EU enge, friedliche und kooperative Beziehungen pflegen könne.

«Es kann uns in Europa nur gut gehen, wenn es auch unseren Nachbarn gut geht», sagt Erweiterungskommissar Günter Verheugen. Einige im «Ring der Freunde» dürfen sich Hoffnung auf Mitgliedschaft im Klub machen, während andere nicht mehr als eine privilegierte Partnerschaft erhoffen können. Dabei besteht immer die Gefahr, dass die Union Hoffnungen weckt, die sie nicht oder nicht auf absehbare Zeit erfüllen kann. ■

** Stephan Israel war von 1992 bis 2002 Balkan-Korrespondent, zuletzt aus Belgrad, für verschiedene Schweizer und Deutsche Zeitungen. Seit zwei Jahren ist er EU-Korrespondent in Brüssel für die NZZ am Sonntag.*

Historisch einmalige



Alex Melzer doktorierte an den Universitäten Basel und Sussex in Wirtschaft und Soziologie. In seiner beruflichen Tätigkeit spezialisierte er sich auf die Erforschung technologischer Innovationen. Er arbeitete unter anderem im Bereich lokaler Entwicklungsbanken für die Weltbank sowie für die Asiatische Entwicklungsbank, danach leitete er während fünf Jahren die Sektion Politik und Forschung der DEZA. Seit dem Umbruch von 1989 spezialisierte er sich auf Entwicklungs- und Lösungsansätze in den Transitionsländern; er begleitet u.a. zwei Stiftungen, welche in Russland private Unternehmen fördern und das Forum-Programm in Bulgarien. Alex Melzer ist Gründungsmitglied der Konsulentengruppe Tulum und verfasste im Auftrag der DEZA die Studie «Zwölf Jahre Ostzusammenarbeit. Die Transition und ihr Schatten.»



Kunda, Estland, 2003

Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme hatte für die Betroffenen dramatische Folgen und die Entwicklungszusammenarbeit sah sich plötzlich mit einer völlig neuen Situation konfrontiert. Gabriela Neuhaus sprach mit dem Transitions-Experten Alex Melzer über Bedeutung und Perspektiven der EU-Osterweiterung.

Eine Welt: Von den sogenannten Transitionsländern, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion neu orientieren mussten, sind jene acht Länder am weitesten fort geschritten, die nun der EU beigetreten sind. Hatten sie die besseren Startbedingungen, oder war das EU-Beitrittsversprechen der entscheidende Entwicklungsmotor?

Alex Melzer: Man kann nicht verallgemeinern: Jene Länder, die unmittelbar an die EU angrenzen, hatten bessere Chancen. In den baltischen Staaten hingegen waren die Ausgangsbedingungen schlecht – jetzt sind sie Spitzenreiter. Ich glaube aber, wenn die EU den Entscheid zur Aufnahme dieser Länder nicht gefällt und nicht ganz klare Bedingungen formuliert hätte, wäre der Transformationsprozess in Osteuropa in ein Chaos ausgeartet: Die ersten Formen von Zusammenarbeit verliefen völlig unkoordiniert und unprofessionell. Das war ein Wettrennen, kein Aufbau. Dazu kamen die Privatisierungen, bei welchen sich auch viele westliche

Länder bedient haben. Im Bereich der Umweltfragen kam es zu einem Investitionswettrennen, welches mehr verhindert als ermöglicht hat. In der ersten Phase des Umbruchs glaubten viele, sich auf die Verbreitung marktwirtschaftlicher Methoden beschränken zu können. Die Rolle der Weltbankgruppe oder Geberorganisationen, wie man sie in der etablierten Entwicklungszusammenarbeit kannte, waren noch völlig ungeklärt. Die Europäische Bank wurde erst 1991 gegründet. Deshalb war in der Tat entscheidend, dass die EU schon 1993 in ihrer Kopenhagener Erklärung gesagt hat, sie sehe Möglichkeiten für ein Erweiterungsprogramm – und dass sie entsprechende Massstäbe gesetzt hat.

Was hat die Integration dieser Länder in die EU für eine Bedeutung?

Das ist ein historisch einmaliges Ereignis: Zum ersten Mal in der Geschichte der Entwicklung wurde ein Programm aufgesetzt, das zum erklärten Ziel hat, den Partner zu einem Gleichberechtigten zu machen. Das gibt es sonst nirgends. Schwellenlän-

Partnerschaft

der bleiben während Generationen Schwellenländer – da stimmt ja etwas nicht. Hier wurde der Schritt gemacht und gesagt: Wenn ihr unsere Rahmenbedingungen erfüllt, dann nehmen wir euch auf und ihr seid Teil unseres Systems. Diese Entscheidung war grossartig! Abgesehen davon, dass es eine ganz gewaltige Leistung auf der richtigen Ebene ist, die hier nun vollbracht wird.

Was sind nun die Entwicklungsperspektiven dieser Länder im Rahmen der EU?

Es gibt diese berühmten 31 Politikbereiche, zu welchen mit jedem Beitrittskandidaten Verhandlungen geführt werden. Hier müssen sich die neuen Mitglieder den EU-Gesetzesvorgaben anpassen. Dieser Prozess wird aber sehr schnell auf Gegenseitigkeit hinaus laufen, das haben wir bereits im letzten Jahr anlässlich der Verhandlungen zur EU-Verfassung gesehen. Die Integration dieser Länder wird künftig aber auch die Entwicklungszusammenarbeit ersetzen: Es gibt immer mehr Instrumente, die für Beitrittskandidaten aufgezogen und nun angewendet werden, die diese Aufgaben erfüllen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den neuen EU-Mitgliedstaaten und den bisherigen sind enorm: das Durchschnittseinkommen der Neumitglieder beträgt gerade 46 Prozent des EU-Durchschnittseinkommens. Werden sie in absehbarer Zeit den Anschluss schaffen, wie dies zum Beispiel für Griechenland oder Portugal durch den EU-Beitritt der Fall war?

Sie werden es schwieriger haben. Falls es nicht gelingt, die Wirtschaft in den einzelnen Ländern entsprechend anzukurbeln, werden sie noch weiter ausgeblutet, das heisst, die sozialen Bedingungen verschlechtern sich weiter. Es könnte aber auch zu einem Boom kommen, wenn die neuen EU-Mitglieder wirtschaftlich aufholen. Ich glaube aber eher, dass es innereuropäisch eine Angleichung zwischen alten und neuen Ländern geben wird. Diese Entwicklung ist ja bereits im Gang.

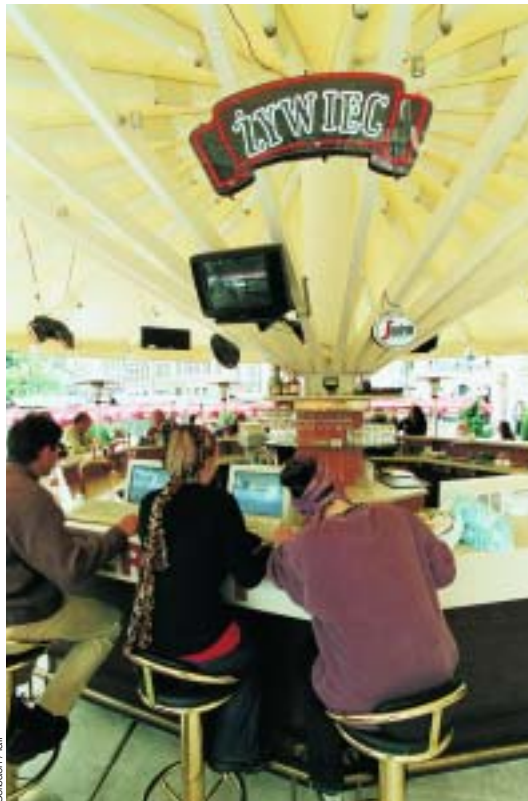
Wie sehen die Perspektiven für die anderen Transitionsländer wie zum Beispiel Bulgarien und Rumänien, die auf einen EU-Beitritt für 2007 hin arbeiten, aus?

Diese Länder werden es sehr schwer haben. Der Fahrplan für die zweite Osterweiterung 2007 wird für alle Beitrittskandidaten knapp.

Die DEZA unterstützt sowohl in den Ländern Südosteuropas, wie in den GUS-Staaten



Grutas, Litauen, 2002



Krakau, Polen, 2000

den Transitionsprozess. Wie müssten Ihrer Meinung nach die Schwerpunkte in den nächsten Jahren gesetzt werden?

Angesichts der beschränkten Mittel müsste man vermehrt den Mut haben, die Unterstützung auf einige wenige, aber Erfolg versprechende Projekte zu konzentrieren. Ein zentraler Bereich, in dem gute und wichtige Arbeit geleistet wird, ist die Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, die sich auch in der Praxis bewähren. Damit trifft man den Kern der Transition, welche erst abgeschlossen sein wird, wenn die neuen Institutionen rechtlich, wirtschaftlich und sozial ein menschenwürdiges Dasein erlauben und ermöglichen. ■

Von unten gestützte

Bereits 2007 könnte Bulgarien der Europäischen Union beitreten. Die notwendige Anpassung des Rechtssystems ist schon weit fortgeschritten, doch mit der Umsetzung und der Verankerung in der Zivilgesellschaft hapert es. Die Transition ist noch voll in Gang und bleibt eine Herausforderung für die Schweizer Ostzusammenarbeit. Von Maria Roselli.

Bulgariens schlingende Politik

Im November 1989 zwang der Druck der Strasse den bulgarischen Staats- und Parteichef Todor Schiwkow nach 35jähriger Herrschaft zum Rücktritt. Im Juni 1990 ging die reformierte kommunistische Partei BSP als knappe Siegerin überraschend aus den Wahlen hervor. Instabilität und Massendemonstrationen führten noch im selben Jahr zur Bildung der ersten Mehrparteienregierung. Es folgten verschiedene Regierungen. Eine verfehlte Geldpolitik führte zu Hyperinflation und 1997 zum vorzeitigen Rücktritt der herrschenden BSP-Regierung. Die neu gewählte Mitte-Rechts-Regierung führte einen ausgesprochenen pro EU-Kurs und bemühte sich erfolglos um ökonomische Stabilität.

Korruptionsverdacht führte auch bei dieser Regierung zu Popularitätsverlust. 2001 gewann die von Ex-König Simeon gegründete Partei die Wahlen. Sie hat es aber noch nicht geschafft, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Korruption einzudämmen. Viele gut ausgebildete junge Leute sehen ihre Zukunft nicht im eigenen Land.



Silvia Visser / DEZA (4)



Wenn nachmittags die Pforten des Gemeindehauses im bulgarischen Gabrovo geschlossen werden, ist es Zeit für das Forum. Bürgerinnen und Bürger, NGOs, Vertreter von Behörden und der Privatwirtschaft treffen sich zu einer Forumssitzung und diskutieren über die Zukunft ihrer Stadt. Was braucht es, damit sich die Menschen in Gabrovo wohl fühlen? Wie kann die Lebensqualität verbessert werden? Rund zehn bis zwölf Mal im Jahr trifft sich das etwa 50köpfige Gemeindeforum und formuliert unter Anleitung eines erfahrenen Moderators seine Bedürfnisse und Erwartungen. Welche Ideen später tatsächlich umgesetzt werden, entscheidet das Forum selbst. Dabei sind die Vorstellungen über die zu realisierenden Projekte genau so breit gefächert wie die unterschiedlichen Interessen der Forumsteilnehmer.

Von Brustkrebsprävention bis Tourismus

Eine Gruppe von Ärzten und betroffener Frauen aus der Region Gabrovo bestand beispielsweise darauf, im Rahmen der Forumsprojekte dringend etwas zur Prävention von Brustkrebs in der Gemeinde zu unternehmen. Aus der vom Gemeindeforum als gut befundenen Idee, entstand in kurzer Zeit ein Projekt: Zur Früherkennung von Brustkrebs konnte mit Videovorträgen, Radio-, Fernsehbeiträgen und Sportanlässen eine Sensibilisierungskampagne gestartet werden.

Die Kampagne ist nur eines von über 130 Projekten, die in 14 bulgarischen Gemeinden im Rahmen eines Gemeindeforums lanciert wurden. Das Gesamtprojekt «Community Forum Stara Planina» wurde im Jahr 2000 von der DEZA initiiert und ist beispielhaft dafür, wie die Schweizer Zusammen-

Transition

arbeit in den Transitionsländern den Reformprozess von unten, durch den Einbezug der lokalen Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft fördern kann. Die meisten Projekte, die in den neuen Gemeinden der Region Stara Planina entstanden sind, entfielen bisher auf die Bereiche Soziales, Tourismus und Infrastruktur: Von Anlaufstellen für Gewaltopfer, über Kinderspielplätze bis zur Drogenprävention sind den Anregungen der Bürgerinnen und Bürger keine Grenzen gesetzt.

Wird der Fahrplan eingehalten, könnte Bulgarien bereits 2007, im Rahmen einer zweiten Osterweiterung, gemeinsam mit Rumänien und eventuell Kroatien der EU beitreten. Was heisst das für die schweizerische Zusammenarbeit? Soll diese einfach eingestellt werden? «Der Zeitpunkt wäre wahrscheinlich verfrüht», ist Denis Knobel, Stellvertretender Bereichsleiter der Ostzusammenarbeit der DEZA überzeugt. Auch in Bulgarien, vor allem in ländlichen Gebieten, ist die Transition mit dem EU-Beitritt nicht abgeschlossen. Zudem wirkt die Schweizer Ostzusammenarbeit auf kommunaler Ebene in Bereichen, die von den EU-Geldern nicht erreicht werden. «Unsere Zusammenarbeit startet denn auch von der Basis, der Gemeinde. Während die EU makroökonomisch mit grossen Mitteln auf nationaler Ebene wirkt, können wir Schweizer auf lokaler Ebene ansetzen», unterstreicht Denis Knobel. Es gehe darum, die Menschen zu befähigen, die EU-Unterstützung wirksam einzusetzen, damit sie den Bedürfnissen der Bevölkerung entspreche. Dazu braucht es von der Gemeinschaft getragene Institutionen und Begegnungsplattformen zwischen Staat und Bürger.

Den demokratischen Dialog stärken

«Die Philosophie, die hinter dem Community Forum-Projekt in Bulgarien steckt, ist einzigartig», sagt auch Jean-Pierre Egger, Programmbeauftragter der DEZA für Bulgarien. Die Zivilgesellschaft mit ihren verschiedenen Akteuren soll in diesem Transitionsland, auf lokaler Ebene, direkten Einfluss auf den demokratischen Umbau der Institutionen nehmen können.

Der rote Faden des Projekts ist die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dazu gehört auch, dass die Nutzniesser näher an die Institutionen gebracht werden und über ihre Zukunft selbst mitbestimmen können.

Die Wirtschaft ist in Bulgarien von 1989 bis 1997 um fast 40 Prozent geschrumpft und hat sich in den letzten Jahren nur zögernd erholt. Das Bruttosozialprodukt erreichte 2002 nur etwa 80 Prozent des Niveaus von 1989. Diese nüchternen Zahlen drücken ein Dilemma aus, das Bulgarien mit vielen anderen Transitionsländern teilt: Die Transition be-

deutet für den Einzelnen nicht nur Wertewandel, sondern ist oft auch mit einem Arbeitsplatzverlust und somit mit einer beträchtlichen Einbusse des Wohlstandes verbunden.

Vor allem den Rentnerinnen und Rentnern, Erwerbslosen und Frauen mit einem eigenen Haushalt geht es heute schlechter als vor der Wende. Angesichts der vielen ökonomischen Probleme ist für den bulgarischen Staat die Förderung der Partizipation und des Dialogs der Bürger mit Behörden nicht prioritär. Genau deshalb scheint es umso wichtiger, mit Projekten wie dem «Community Forum Stara Planina» auf der Mikroebene in den Gemeinden anzusetzen und Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in geeigneter Form zusammenzubringen. ■



Georgen / laif (2)



Unirii-Platz in Bukarest, 2001

Zähe Rückeroberung der

Nach einem halben Jahrhundert autoritären Regimes müht sich Rumänien mit dem Übergang zu einem demokratischen System und zur Marktwirtschaft ab. Die Korruption wuchert weiter, hält ausländische Investoren ab und bereitet den internationalen Organisationen Sorge. Der Beitritt zur Europäischen Union wurde auf 2007 verschoben. Von Mirel Bran*.



An der Strasse zwischen Roman nach Suceava, 2001

Es gibt Bilder, die man nie vergisst. Zum Beispiel jene, die das Fernsehen am 21. Dezember 1989 ausstrahlte: Nicolae Ceausescu, der Diktator welcher das Land während 25 Jahren in die Knie gezwungen hatte, war wie gelähmt, die Lippen verkniffen, das Gesicht zu einer Grimasse verzerrt, die Schock, Erstaunen und vollständige Verständnislosigkeit vor der Menge ausdrückte, die ihn niederschrie. Dann flimmerte der Bildschirm schwarz.

Heute, über 14 Jahre nach dem Sturz der schlimmsten Diktatur in Osteuropa hat sich zwar die Landschaft verändert, das Land aber leidet nach wie vor unter der dunklen Vergangenheit. Die «Revolution», die zum Sturz des kommunistischen Regimes geführt hatte, wird noch heute von den meisten Menschen in Rumänien als Staatsstreich von Apparatschiks und Securitate, der damaligen politischen Polizei, angesehen.

Die Amtseinsetzung von Präsident Ion Iliescu, einem der höchsten Kaderleute der Kommunistischen Partei, gab den Verschwörungstheorien Nahrung. Iliescu, von 1990 bis 1996 an der Spitze des



Banning / laif

geraubten Würde

Landes, war Reformen gegenüber von vornherein feindlich eingestellt. Als die mitteleuropäischen Länder Ungarn, Polen und Tschechische Republik für ihren Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft eine Schocktherapie einleiteten, litt Rumänien unter den Entgleisungen eines autoritären Regimes. Erst 1996 trat eine demokratische Wende ein. Eine Koalition von vier demokratischen Parteien unter der Leitung des Christdemokraten Emil Constantinescu entzog Ion Iliescu und seinem Team die Macht. Dem Anhänger energischer Reformen gelang es, der jungen rumänischen Demokratie wieder Leben einzuhauchen.

Nationalistische Opposition

Das amateurhafte Verhalten der Wirtschaft und das Fehlen einer Verwaltung, die fähig war, die Reformen umzusetzen, waren aber stärker als die Regierung Constantinescu. Bei den Präsidentschaftswahlen von 2000 stellt sich Iliescu zur Wiederwahl. In der zweiten Runde tritt er gegen den nationalistischen Führer Corneliu Vadim Tudor an. Der Expräsident geht als Sieger aus der Konfrontation hervor, welche das politische Kräftespiel in Rumänien aufmischte. Doch sein nationalistischer Rivale kommt auf ein Drittel der Stimmen. Seither ist die Partei Tudors, die Romania Mare (Das Grosse Rumänien), stärkste Oppositionspartei. Sie hat über 20 Prozent der Parlamentssitze.

Ende 2004 standen in Rumänien erneut Wahlen

an. Inzwischen wuchs die Popularität Tudors unvermindert weiter. Seine Reden gegen die Korruption und das Bild eines Verfechters der Gerechtigkeit, das er sich in den Augen jener aufbaute, welche von der Transition enttäuscht sind, garantierten ihm unbestreitbaren Erfolg. Das Problem liegt darin, dass der Nationalist oft die Wahrheit sagt. Die Korruption in Rumänien hat seit langem ein alarmierendes Ausmass erreicht. Das Phänomen kommt immer wieder in den Berichten der Europäischen Kommission und anderer internationaler Organisationen zur Sprache, welche sich Sorgen über die Zukunft der Demokratie in Rumänien machen.

Unter den Kandidatenländern für die Europäische Union (EU) ist Rumänien das problematischste. Der langsame Verlauf der Reformen und die Unfähigkeit der Regierung, die Korruption einzudämmen, führten, genau wie bei Bulgarien, zur Verschiebung des EU-Beitritts auf 2007. Die grosse Mehrheit der Rumäninnen und Rumänen sind der Meinung, dass sie in der künftigen Architektur Europas einen Platz haben müssten.

Wiedergewonnener Charme Bukarests

Die Aussicht der Integration in die EU gilt als einziger Weg zu einer wirklichen Demokratisierung der rumänischen Politik. Umso mehr, als Europa bereits heute beschlossen hat, Rumänien seine Türen zu öffnen. Seit 2002 haben die rumänischen



Kadir van Lohuizen / Agence VU

Sulina, letzter Hafen an der Donau, 1999



Patricia Laguerre

Das Ding im Alltag Die Ikone

An den Wänden der Wohnzimmer, Schlafzimmer, Büros, am Rückspiegel der Autos und an anderen alltäglichen Orten sind sie zu finden, die kleinen orthodoxen Ikonen, die in Rumänien als Glücksbringer gelten. Obwohl in der orthodoxen Kirche, der östlichen Version des Christentums, die Heilige Jungfrau einen weniger wichtigen Platz einnimmt als im Katholizismus, sind die kleinen Ikonen mit ihrem Ebenbild in Rumänien sehr beliebt. Sie sind mehr als ein folkloristisches Objekt, denn sie sollen ihre Eigentümer vor Unglück bewahren. Auch wenn viele Rumäninnen und Rumänen ihre Religion nicht praktizieren (87 Prozent bekennen sich zur Orthodoxie), haben die Ikonen für sie spirituelle Macht. Die Handwerker, die sie herstellen, gehören zu den wenigen Berufsgruppen, welche nicht von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Ein wirklicher Segen!

Staatsangehörigen das Recht, unter bestimmten Bedingungen ohne Visum in den Schengen Raum einzureisen. Die Schweiz folgte dem Beispiel der EU und schaffte den Visumszwang für rumänische Staatsangehörige ab Februar 2004 ab.

Weit über den grossen Plan Brüssels zur Osterweiterung hinaus ist das arme Europa, jenes der Migrationen, bereits eine Realität, in der die Rumänen eine wichtige Rolle spielen. Seit der Aufhebung des Visumszwang für den Schengen-Raum erfüllten sich über zwei Millionen von ihnen ihren Traum und machten sich in den Westen auf. Der Kontakt mit der westlichen Lebensweise ist für sie umso wohltuender, als sie während einem halben Jahrhundert durch die Diktatur eines autoritären Regimes von der Welt abgeschnitten waren.

Rumäninnen und Rumänen, die aus dem Ausland zurückkommen, haben die demokratischen Werte des Westens verinnerlicht. Die stalinistische Architektur, welche die Gebäude während fünf Jahrzehnten geprägt hatte, machte modernen Bauten Platz. Bukarest, die von den architektonischen Fantasiegebilden des Conducator entstellte Hauptstadt, findet hier und dort zum Charme zurück, der ihr einst den Übernamen «Kleines Paris des Ostens» eingebracht hatte. Auch Timisoara, die Stadt der Aufständischen, von der aus die Diktatur Ceausescus erstmals ins Wanken geriet, hofft, wieder das kleine Wien Osteuropas zu werden.

Vom ausländischen Kapital links liegegengelassen

Mit 22,5 Millionen Konsumierenden ist Rumänien der zweitgrösste Markt des ehemals kommunistischen Europas. Es hat ein riesiges wirtschaftliches Potenzial und ist trotzdem weit vom Wohlstand entfernt. Auch qualifizierte Arbeitskräfte verdienen einen Monatslohn von lediglich knapp 150 Euro. Der sehr gemächliche Rhythmus der Privatisierung und die Erhaltung wenig leistungsfähiger Betriebe aus der kommunistischen Ära schrecken ausländische Investoren ab. Der rumänische Staat ist

nicht in der Lage, die Modernisierung der Wirtschaft zu finanzieren und konnte kein internationales Kapital anlocken, das als einziges der erstickten Wirtschaft etwas Leben einhauchen könnte. In 14 Jahren konnte Rumänien lediglich um die zehn Milliarden Euro an ausländischen Investitionen anziehen – so viel wie Polen in einem einzigen Jahr. Finanzanalysten zeigen sich trotzdem ziemlich optimistisch in Bezug auf die wirtschaftliche Zukunft des Landes.

Die Aussicht auf die Integration in die NATO 2004 und in die EU 2007 dürfte eine ausreichende Garantie für Stabilität sein, um Grosskapital nach Rumänien zu bringen. So ist Alain Kremer, Direktor der französischen Industrie- und Handelskammer, der seit zwölf Jahren in Rumänien lebt, überzeugt, «sein» adoptiertes Rumänien zu Recht zu verteidigen. «Das Land ist das Spanien oder Portugal von morgen», sagt er. «Während den 50 Jahren kommunistischen Regimes wurde nichts aufgebaut. Man kann nicht auf einen Schlag Licht ins Dunkel bringen. Aber Lafarge, Renault, Michelin, Alcatel, die Société Générale, Orange und Carrefour haben nicht grundlos in diesem Land investiert. Rumänien ist kein Gebiet für Eintagesfliegen. Ich habe genug davon, immer wieder zu hören, das Land habe sich nicht verändert.»

Ein Plädoyer, dem sich die meisten europäischen Investoren in Rumänien anschliessen, die trotz Bürokratie und administrativer Schwerfälligkeiten zufrieden sind mit ihren finanziellen Resultaten. Indem es europäische Investoren anzieht, versucht Rumänien, nicht nur den wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch die Würde wieder zu erlangen, die ihm der Kommunismus geraubt hat. ■

** Mirel Bran, Journalist, ist Rumänienkorrespondent mehrerer ausländischer Medien, darunter die Tageszeitung «Le Monde» in Paris und «Le Temps» in Genf.*

(Aus dem Französischen)

Rumänien und die Schweiz

Von der Neo-Natologie bis zu Fernheizungs-Systemen

(bf) Die Schweiz beteiligt sich seit 1990 an der Hilfe für Rumänien – im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit sowie als Partnerin in internationalen Programmen. 1996 wurde in Bukarest eines der ersten Kooperationsbüros in Osteuropa eröffnet. Traditionellerweise zeigen viele Schweizer Nichtregierungsorganisationen ein besonderes Interesse für die Ereignisse in Rumänien und leisten individuelle Hilfe zur Linderung der schwierigen humanitären Situation nach dem Regierungswechsel sowie längerfristige Aufbauhilfe in den Jahren danach. Das Jahresbudget von DEZA und seco beläuft sich durchschnittlich auf 14 Millionen Franken und verteilt sich auf folgende vier Schwerpunkte:

Förderung des Privatsektors: Das Programm beinhaltet die Schaffung und Unterstützung von KMU, Kreditzugang, Handel und Investitionen. Ziel ist es, einen Beitrag zum Aufbau des Privatsektors und damit zur Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze zu leisten, sowie das Land besser in die internationalen Handelsbeziehungen zu integrieren.

Gesundheitswesen: Gefördert wird der Aufbau von qualitativ guten und finanziell tragbaren

Dienstleistungen in Bereichen wie Notfallmedizin, Neo-Natologie, Spitex und Spitalverwaltung. Die Schweiz ist auf diesem Gebiet nach der Weltbank der wichtigste bilaterale Geber für Rumänien.

Zivilgesellschaft und Rechtsstaat: Im Vordergrund steht die Förderung demokratischer Strukturen, die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und lokaler sowie zentraler Regierung. Um die Basis für eine Polizei im Dienst der Nachbarschaft und Gemeinschaft zu legen, den Aufbau einer effizienten Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft zu erleichtern und die Weiterbildung der Richter zu fördern, unterstützen verschiedene Projekte die Justiz- und Polizeireformen. Dazu gehören u.a. die Modernisierung der Gewerkschaften und Arbeitsmarkt-Massnahmen sowie die Unterstützung marginalisierter Kinder.

Infrastruktur und Umwelt: Dieser Bereich wird vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) betreut. Ziel ist es, die Infrastrukturen in prioritären Bereichen wie Fernheizungs-Systemen zu modernisieren, um die Umweltbelastung zu vermindern.

Zahlen und Fakten

Name

Rumänien

Hauptstadt

Bukarest (2,5 Millionen Einwohner)

Bevölkerung

22,5 Millionen

Fläche

237 500 km²

Währung

Leu (Mehrzahl: Lei)

Ethnien

Rumänen 84%
Ungarn 8%
Roma 7%
Andere 1%

Sprachen

Rumänisch (Nationalsprache), Ungarisch und Sprache der Roma wird von der Roma-Minderheit gesprochen. Viele Rumänen sprechen auch Französisch. Seit einigen Jahren steht aber bei den Jungen Englisch immer höher im Kurs.

Exportprodukte

Textilien, Autos, mechanische und elektrische Geräte, Salz, Zement. Zwei Drittel der rumänischen Exporte gehen in die EU-Märkte.

Aus der Geschichte

82 v. Chr. König Burebista vereint die dazischen Stämme in einem Königreich auf dem Gebiet des heutigen Rumänien.

106 n. Chr. Der rumänische Kaiser Trajan erobert Dazien und kolonisiert die Dazen. Daraus geht das rumänische Volk hervor.

4. Jh. Die Rumänen bekennen sich zum Christentum.

4. bis 13. Jh. Invasion von Wandervölkern, darunter slawische Stämme, die einen spürbaren Einfluss auf die rumänischen Gebräuche und die Sprache haben.

14. bis 18. Jh. Rumänien wird zum Schauplatz stürmischer Konfrontationen zwischen drei Kaiserreichen, welche sich die Provinzen streitig machen: das ottomanische Reich, das die Walachei im Süden des Landes kontrolliert; das Zarenreich in Moldawien im Osten; das österreichisch-ungarische Kaiserreich, das Transsylvanien im Westen und Norden des Landes annektiert.

1859 Unter dem Einfluss nationalistischer europäischer Bewegungen vereinigen sich die Walachei und Moldawien unter dem Namen Rumänien.

1866 Rumänien wird konstitutionelle Monarchie und wählt Carol von Hohenzollern-Sigmaringen, aus einer deutschen Aristokratenfamilie stammend, zum König.

1918 Transsylvanien befreit sich von der Kontrolle durch Österreich-Ungarn und schliesst sich Rumänien an.

1940 Die Sowjetunion überfällt die östliche Hälfte der Provinz Moldawien, worauf Rumänien mit Nazi-Deutschland in den Krieg zieht; nach dem Zweiten Weltkrieg gerät das vom Westen im Stich gelassene Rumänien in das Einflussgebiet der Sowjetunion.

1947 König Michel dankt unter dem Druck der von der Roten Armee unterstützten Kommunisten ab.

1965 Nicolae Ceausescu, nationalistischer Kommunist, übernimmt die Kontrolle über Rumänien und führt eine äusserst harte Diktatur ein, geht aber gleichzeitig auf Distanz zu Moskau.

1989 Die kommunistische Diktatur wird weggefeht und das Ehepaar Ceausescu wird nach einem Schauprozess erschossen.

1990-96 Rumänien wird vom ehemaligen Apparatschik Ion Iliescu und seiner Entourage regiert.

1996-2000 Die Macht geht in die Hände des Christdemokraten Emil Constantinescu und einer demokratischen Koalitionsregierung über.

2000-2004 Ion Iliescu kehrt nach seinem Sieg über Corneliu Vadim Tudor in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen an die Macht zurück.



Woodstock am Schwarzen Meer



Liviu Papadima, 1957 geboren, Doktor der Literatur, ist Konferenzleiter an der sprachwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bukarest. Er ist einer der Initiatoren der Bürgerbewegung Salvați Vama Veche (Rettet Vama Veche) und Gründungsmitglied der Vereinigung zur Wahrung geschützter bio-kultureller Gebiete.

Von Zeit zu Zeit wenigstens will ich das Gefühl haben, ein wirklich freier Mann zu sein, das heisst, nur mit ein paar wenigen Dingen auszukommen – Zelt, Schlafsack, einige persönliche Effekten – und dieses Privileg mit meiner Familie zu teilen. Seit über zwanzig Jahren verbringe ich meine Sommerferien in einem alten Fischerdorf an einem Küstenstreifen im Süden Rumäniens. Das Dorf heisst «2. Mai», einst Datum des kommunistischen Jugendfests, und hat zwei Campingplätze. Einer davon ist für Nudisten reserviert. Unter der Regierung Ceausescu versuchten die Behörden dauernd, uns Nudisten zu schikanieren. Der Kommunismus war übrigens überall ausserordentlich prude.

Manchmal verbrachten wir einen Tag in Vama Veche, einem kleinen Marktflecken vier Kilometer weiter südlich, nahe der Grenze zu Bulgarien. In Vama Veche gab es keine Zelte, nur einige für die Region typische Häuschen und eine improvisierte Kantine. Der Strand war herrlich, meist leer, und das Wasser vollständig klar.

Der Sturz Ceausescus änderte alles. Die Camper liessen sich den ganzen Sommer über in Vama Veche nieder, wo sie nun uneingeschränkt über diesen riesigen jungfräulichen Strand verfügen konnten. Nach einigen Jahren standen die Zelte dicht gedrängt. Alle möglichen Investoren wurden vom trügerischen Schein des schnellen und raschen Profits angezogen und zogen Pensionen, Hotels, Restaurants, Bars und Diskotheken wild durcheinander hoch. Grosse Projekte waren geplant. Eine Menge Landwirtschaftsland wurde verkauft und verwandelte sich auf wundersame Weise in Bauland. Das Schicksal des kleinen Ortes schien besiegelt: Er sollte ein Sommerferienort werden wie alle anderen, die bereits die ganze rumänische Küste verunstalteten.

Im Juni 2003 wurden die Camper von der Polizei vertrieben. Doch wir, das heisst meine Frau, einige Freunde und ich, hatten beschlossen, uns zu wehren. Wir wollten einen Proteststurm auslösen. Und dies sollte über die Rockmusik geschehen. Wir organisierten ein Konzert und nannten es Stufstock (stuf ist Rumänisch für Binse) – in Anlehnung an das berühmte Woodstock und weil einer unserer Slogans «Binse gegen Beton» lautete. Was wir damit ausdrücken wollten, war der Anspruch auf Andersartigkeit. Rumänien hat rund 250 Kilometer Küste. Es schien uns nicht richtig, dass auch die vier

Kilometer zwischen «2. Mai» und Vama Veche, dem Bau von Hotels geopfert werden sollten, auf Kosten des eigentlichen Reichtums dieser Region: Der Landschaft, der Atmosphäre, des Lokalkolorits und vor allem der Liebe vieler Menschen zur dortigen Lebensweise.

Sowohl Publikumsaufmarsch wie Medienwirkung von Stufstock waren beeindruckend, der Anlass wurde als beste Bürgerinitiative des Jahres ausgezeichnet. Die Bewegung «Rettet Vama Veche», die hinter den Protesten stand, führte zur Schaffung der 'Vereinigung zur Wahrung geschützter bio-kultureller Gebiete'. Die Behörden mussten die Rechtmässigkeit unseres Standpunktes anerkennen. Die illegale oder halb legale Bauerei wurde eingestellt, um einem nachhaltigen Entwicklungsprojekt Platz zu machen, an dem nicht nur die Lokalbehörden, sondern auch Umweltschutzorganisation und Bürgervereinigungen beteiligt waren.

Ich kann heute nicht sagen, wo das alles hinführen wird. Ich bin einfach glücklich, etwas gemacht zu haben, das ich für meine Pflicht hielt, und dabei viele Freunde gewonnen zu haben, die mein Gefühl teilen. Sicher ist, dass ich angesichts meiner Akademikerkarriere nie geglaubt hätte, einmal ein Rockkonzert zu organisieren. Ich frage mich übrigens auch, wie weit meine Studentinnen und Studenten diese andere Seite meines Lebens kennen. ■

(Aus dem Französischen)



Piers Benatar / Panos Pictures / Stratos



Solidarität ist eine Haltung, keine Vergleichsrechnung!

Die internationale Gemeinschaft hat sich engagiert, die Millenniumsziele bis ins Jahr 2015 zu erreichen. Allen Ländern war damals, im Jahr 2000, bekannt, dass die Anstrengungen erheblich verstärkt werden müssen, damit die Armut der Welt bis 2015 um die Hälfte reduziert werden kann. Ein Drittel des zeitlichen Wegs ist bald erreicht, nicht aber das erwartete Engagement. Anstatt die wirklich zusätzlich notwendigen Finanzmittel einzusetzen, wird mittlerweile stärker um die Mess- und Vergleichbarkeit gestritten, genauer gesagt darum, welche öffentlichen Ausgaben als Entwicklungshilfe angerechnet werden können.

Zwar gibt es in der OECD seit vielen Jahren Kriterien für die Anrechenbarkeit. Diese werden auch immer wieder überprüft, allerdings eher als Nachvollzug von bereits gehandhabten Berechnungspraktiken. Genau da liegt das Problem: Wenn ausgehandelte Kriterien nicht ausreichend eingehalten werden, verliert der Vergleich der Leistungen unter den OECD-Ländern an Relevanz. Das ist heute leider so, weil verschiedene, u.a. grosse Länder, auch die Transparenz vermissen lassen, was sie der OECD als Entwicklungshilfe deklarieren. Die OECD wiederum hat – ausser Worte – keine anderen Sanktionsmöglichkeiten.

Dieser Streit um die Anrechenbarkeit (z.B. von Kosten militärischer Friedenseinsätze in Entwicklungsländern oder von Ausgaben im Flüchtlingsbereich) blendet nicht nur die Gefahr eines Nullsummenspiels aus. Er hat auch mit der Reduktion von Armut und ihren Ursachen nur noch begrenzt zu tun. Dadurch nehmen die Industrieländer das Risiko in Kauf, sich in ihren internationalen Pflichten selbst zu täuschen. Kommt hinzu, dass in vielen Industrieländern die öffentlichen Einnahmen geschrumpft sind und daher möglichst kreativ

darüber gebrütet wird, welche Ausgaben in irgend einem internationalen Zusammenhang stehen und hinter dem Vorhang von Transparenz und Einhaltung von Verpflichtungen auch noch angerechnet werden könnten. Diese Selbsttäuschungen haben mitunter zur Folge, dass Entwicklungsbudgets, die wirklich für die Armutsreduktion bestimmt sind, gekürzt werden zugunsten anderer Ausgaben.

Dabei wird vergessen, dass solches Verhalten früher oder später auskommt und international an den Pranger gestellt werden dürfte. Wer diese Risiken mutwillig eingeht, schadet nicht nur sich selber und den wohlverstandenen Eigeninteressen, sondern auch Millionen von Menschen, die ohne einen hingereichten «Strohalm» nicht allein und aus eigener Anstrengung aus ihrer Misere herauskommen können.

Solidarität ist nicht eine Frage der Vergleichsrechnung, sondern eine Haltung mit der auch wir, die Schweiz, international im offenen Schaufenster stehen. Auch wir werden uns heute und morgen nicht der Rechenschaft entziehen können, was unser Beitrag zur Lösung des globalen Problems Armut ist und sein wird. ■

*Walter Fust
Direktor der DEZA*

Chirurgische Kunst unter

Die Schweizer Armee hat Mühe mit der Rekrutierung von Militärärzten. Um diese Funktion attraktiver zu gestalten, bietet sie jungen Ärzten eine qualifizierte Ausbildung an, die auch im Zivilbereich anerkannt wird. Das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) war von Anfang an am Projekt beteiligt war und sieht darin eine Chance zur Aufwertung der Katastrophenmedizin.



Tuerens / lat

Indien

Die Akademie

Die SAMK wurde 2002 auf Initiative des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) gegründet.

Administrativ ist sie dem Oberfeldarzt, Divisionär Gianpiero Lupi, unterstellt. Vizepräsident ist der Delegierte für humanitäre Hilfe und Chef des SKH, Toni Frisch. Das VBS übernimmt vier Fünftel der Finanzierung, ein Fünftel das SKH. Die fünf medizinischen Fakultäten der Schweiz bieten Ausbildungen in verschiedenen Disziplinen der Militär- und Katastrophenmedizin an: in Lausanne werden Katastrophenmedizin und -management unterrichtet, in Basel Anästhesie und Reanimation, in Bern Innere Medizin und Infektiologie, in Genf Kriegs- und humanitäre Chirurgie und in Zürich Wehrpsychiatrie.

Weitere Informationen: www.vbs-ddps.ch/internet/groupgst/de/home/sanit/wehrmedizin/dasprojekt.html

(Jls) Bei grösseren Unfällen, bewaffneten Konflikten oder Naturkatastrophen in Entwicklungsländern muss die Notfallhilfe in einem chaotischen und komplexen Umfeld und oft mit rudimentären Mitteln geleistet werden. Die Opfer können unter Krankheiten leiden, die ein Schweizer Arzt in seiner Alltagspraxis nicht antrifft. Diese medizinische Betreuung setzt besondere Fähigkeiten und Qualitäten voraus.

In der Schweiz sind nur ein paar Dutzend Ärztinnen und Ärzte in Katastrophenmedizin ausgebildet, die sie, neben ihrer Arbeit in der Praxis oder am Spital, in punktuellen Einsätzen ausüben. Aus diesem Reservoir holt das SKH die Fachleute für seine direkten oder indirekten Auslandaktivitäten. Seine «Fachgruppe Medizin» umfasst rund 70 Personen (Ärztinnen und Ärzte, Anästhesisten und Anästhesistinnen, Krankenschwestern und Pfleger), die dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), der Weltgesundheitsorganisation und anderen humanitären Organisationen zur Verfügung gestellt werden können. Ferner sind fünf Fachleute

ständig für Einsätze der Rettungskette Schweiz abrufbereit.

Diese Expertinnen und Experten haben sich die Grundkenntnisse in Katastrophenmedizin in Kursen des SKH, des IKRK oder an Universitätsspitalen geholt. Die theoretische Ausbildung ist aber nur der Anfang. «Gelernt wird vor allem in der Praxis. Das ist das einzig mögliche 'Labor', der eigentliche Prüfstand. Kein Kurs kann die Realität im Feld ersetzen», erklärt Flavio Del Ponte, medizinischer Berater beim SKH.

Reaktion auf Rekrutierungskrise

Die Katastrophenmedizin ist in etwa das zivile Gegenstück zur früheren Militärmedizin, die zurzeit unter einer Identitätskrise leidet. In der Schweizer Armee fehlen Ärzte in grosser Zahl. Diese Funktion, mit einem Offiziersgrad verbunden, hat in den Augen der Medizinstudierenden viel an Attraktivität verloren, so dass immer weniger von ihnen eine Militärkarriere einschlagen wollen. Einer der Gründe ist die Tatsache, dass die

widrigsten Umständen

in der Armee angebotene Ausbildung im Wesentlichen aus Theorie besteht und deshalb im Zivilleben nur begrenzt anwendbar ist. Das Resultat: Die verfügbaren Bestände reichen bald nicht mehr aus, um die medizinischen Bedürfnisse in der Armee abzudecken.

Als Reaktion auf dieses Rekrutierungsproblem hat die Armee beschlossen, jungen Medizinerinnen und Medizinern ein valables Nachdiplomstudium

den, wo die medizinische Infrastruktur fehlt oder zerstört wurde.»

Damit die Studierenden der Akademie ihre Ausbildung durch praktische Erfahrungen ergänzen können, bietet das SKH ihnen die Möglichkeit, an der Seite von Ärztinnen und Ärzten der Rettungskette Schweiz an Einsätzen im Feld teilzunehmen. Gemäss Professor Yersin geht es darum, für Katastrophen in der Schweiz oder für medizinische



Messner / laif

Palästina

anzubieten, das auch im Zivilleben etwas wert ist. So wurde im Oktober 2002 die Schweizerische Integrierte Akademie für Militär- und Katastrophenmedizin (SAMK) aus der Taufe gehoben, an der sich die fünf Medizinfakultäten des Landes beteiligen. Sie soll sowohl Militär- wie Zivilärzte ausbilden, die sich für Katastrophenmedizin interessieren.

Schweizer Ärzte auf Auslandmission

Jedes Universitätsspital baut zurzeit ein Ausbildungszentrum in seiner Spezialität auf. Das CHUV in Lausanne ist am weitesten fortgeschritten. Es besitzt ein Programm mit sechs Modulen für Katastrophenmedizin und -management in Krisensituationen. Bertrand Yersin, Chefarzt der Notfallabteilung des CHUV, ist Leiter des Programms: «Bei einem Teil unserer Kurse geht es um Notfallmedizin bei schweren Unglücken in der Schweiz wie zum Beispiel Zugsunglücke, Erdbeben usw. Andere Module befassen sich mit grösseren Katastrophen, insbesondere in Entwicklungslän-

der Einsätze im Ausland einen Pool einsatzbereiter ziviler Ärztinnen und Ärzte zu schaffen: «Zurzeit hätte die Armee grosse Schwierigkeiten, zum Beispiel bei einem Erdbeben in der Schweiz, genügend Fachleute zu rekrutieren. Solche Einsätze sind aber auch Teil des Armeeauftrags.»

Neben dem Unterricht betreibt die Akademie auch Forschung. Dem SKH ist dieser Bereich wichtig, denn dank ihm können die im Feld erworbenen Kenntnisse wissenschaftlich verwertet werden. «Die Kurse der Armee bauten vor allem auf den Erfahrungen anderer Länder auf. Aber auch Schweizer Ärztinnen und Ärzte führen zahlreiche Missionen im Ausland durch, oft unter der Fahne des IKRK. Die Akademie soll nun diese persönlichen Erfahrungen zusammenbringen, deren Qualität überprüfen und eine Gesamtheit von Normen ausarbeiten», erklärt Flavio Del Ponte, und fügt an: «Durch das Projekt wird die schweizerische Katastrophenmedizin stark aufgewertet.» ■

(Aus dem Französischen)

Ausbildung eritreischer Chirurgen

Die humanitäre Medizin beschränkt sich nicht auf direkte Einsätze. Seit einigen Jahren gehören auch Ausbildungen in Kriegs- und Katastrophenchirurgie dazu. Damit geht die Schweiz auf ein wachsendes Bedürfnis in den von Kriegen und Krisen geschüttelten Ländern ein, beispielsweise in Eritrea. Das Land hatte das SKH um Hilfe beim Aufbau einer Ausbildung speziell für Kriegsmedizin an der medizinischen Fakultät der Universität Asmara gebeten. Seit 2001 führen nun erfahrene Schweizer Chirurgen in Eritrea einmonatige Intensivkurse durch. Diese Kurse wurden von gut zwanzig lokalen Chirurgen besucht, die im März 2004 im Beisein von zwei Prüfungsexperten des SKH ihr Schlussexamen machten.

Ausgebildet der Armut entfliehen

Zwei Drittel der Bevölkerung Perus sind von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen – unter anderem, weil die öffentliche Berufsbildung Mängel aufweist. Um die Lebensbedingungen von ausgegrenzten Jugendlichen und Frauen zu verbessern, unterstützt die DEZA die Einführung eines flexiblen und auf die Bedürfnisse des Marktes ausgerichteten Modells.

Ein dynamisches Programm

Das Programm CAPLAB, das 1996 zunächst in acht CEO von Lima eingeführt wurde, arbeitet heute mit 350 Zentren im ganzen Land zusammen. Es bietet 23 Kursmodule in so unterschiedlichen Bereichen wie Konfektion, Informatik, Elektrizität, Mechanik, Sekretariat oder der Leitung von Kleinstunternehmen an. Rund 8000 Personen wurden bis heute ausgebildet, die Hälfte davon Frauen, 11 000 weitere sind in Ausbildung. 3300 Schulleiter und Unterrichtende haben eine Weiterbildung besucht. Die Einrichtung hat ihre Effizienz bereits unter Beweis gestellt: Sechs Monate nach Abschluss eines Kurses findet über die Hälfte der Teilnehmenden eine Stelle, und 17 Prozent nehmen eine selbständige Arbeit auf. Die 52 Stellenvermittlungsbüros, die im Rahmen des Programms eröffnet wurden, verhalfen über 80 000 Arbeitssuchenden zu einer Stelle. Die Kurse über Vorstellungsgespräche wurden von 12 000 Personen besucht.



Ren Gling / Still Pictures

(Jls) Jugendliche ohne Schulabschluss oder Frauen ohne Ausbildung besitzen in Peru kaum Perspektiven: Die einzige Möglichkeit, sich technische Kompetenzen anzueignen, ist der Besuch eines der 1000 Berufsbildungszentren (CEO) des Erziehungsministeriums. Anders als private CEO sind diese Institutionen gratis, und die Aufnahmebedingungen sind leicht zu erfüllen. Dadurch sind sie auch Ärmern zugänglich. Die Kehrseite der Medaille: Ihr Unterrichtsniveau ist sehr tief, weshalb sie auch bei den Arbeitgebern einen schlechten Ruf besitzen.

Mit Unterstützung der DEZA, die seit 40 Jahren in Peru aktiv ist, ist man nun daran, die Philosophie des Berufsbildungssystems CAPLAB (Capacitación laboral, übersetzt Arbeitsbefähigung) zu reformieren. Nach einem Modell, das bereits von mehr als einem Drittel der öffentlichen CEO angewendet wird, wird die Ausbildung in ein- bis dreimonatige Module aufgeteilt, deren Inhalt auf die Anforderungen der lokalen Unternehmen eingeht. «Dieses Konzept ist speziell dem Alltag der Jugendlichen und Frauen angepasst, die unmöglich eine lange Ausbildung machen können. Die Teilnehmenden

können ein Modul besuchen, dann einige Zeit arbeiten und anschließend das nächste Modul in Angriff nehmen», erklärt Malte Lipczinsky von der Sektion Arbeit und Einkommen der DEZA.

Die Ausbildung dem Markt annähern

Jedes CEO erarbeitet in Zukunft sein Ausbildungsangebot in Abstimmung mit den Unternehmen des Quartiers. Im Rahmen einer Weiterbildung werden die Direktoren und das Lehrpersonal für die Tatsache sensibilisiert, dass sich diese Institutionen als Dienstleistungsbetriebe ihrem wirtschaftlichen Umfeld anpassen müssen. Mit Unterstützung von CAPLAB hat das Arbeitsministerium ausserdem 52 Stellenvermittlungsbüros geschaffen, die nicht nur den Schülerinnen und Schülern der CEO, sondern auch anderen Stellensuchenden der Region offen stehen. Das Erziehungsministerium ist vom Erfolg des Programms so fest überzeugt, dass es beschlossen hat, das Modell ins nationale Berufsbildungssystem aufzunehmen. ■

(Aus dem Französischen)

Bilanz Ostzusammenarbeit

(jtm) Was hat die Ostzusammenarbeit der Schweiz geleistet? Was gibt es noch zu tun? Diesen Fragen geht eine Publikation von DEZA und seco nach. Gestützt auf eine unabhängige Evaluation zieht die Broschüre Bilanz über die Schweizer Ostzusammenarbeit. Seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 stellte der Bund bedeutende Mittel zur Förderung des Systemwechsels und zur Stärkung von Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa zur Verfügung. Die Schweiz setzte damit ein Zeichen der Solidarität und leistete einen substanziellen Beitrag zum Aufbau eines stabilen und sicheren Europas. Trotz Reformfortschritten ist in den Ländern Südosteuropas und der GUS der Transitionsprozess noch nicht abgeschlossen. Die Bilanz kommt zum Schluss, dass die Schweiz

qualitativ hochwertige Hilfe geleistet hat und ihr Engagement in Osteuropa fortsetzen sollte – im Interesse der Transitionsländer, aber auch des wohlverstandenen Eigeninteresses der Schweiz. Migrationsbewegungen können verhindert werden, wenn es gelingt, den Menschen Osteuropas vor Ort Perspektiven zu eröffnen.

Die Broschüre «Langer Weg zu Demokratie und Markt – Bilanz aus 12 Jahren Ostzusammenarbeit» ist auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich und kann bestellt werden bei: DEZA, Medien und Kommunikation, Tel. 031 322 44 12 oder per E-Mail: info@deza.admin.ch

Verstärkte Hilfe an die Mongolei

(sdm) Seit 1999 leistet die DEZA humanitäre Hilfe an die Mongolei, ein Land, das durch extrem

harte Winter mit reichlichen Schneefällen, von Klima- und Umweltkatastrophen heimgesucht wird. Der *Dzud*, ein für die Mongolei typisches Klima-Phänomen, ist eine Folge mehrerer trockener Sommer. 2003 beschloss die DEZA, ihre Hilfe auszuweiten und erarbeitete ein Programm der Entwicklungszusammenarbeit. Damit sollen die strukturellen Herausforderungen angegangen werden, mit denen das Land seit seinem Übergang zur Marktwirtschaft zu kämpfen hat. Hauptziel des Sonderprogramms ist der Abbau der Armut, von der gegen 40 Prozent der mongolischen Bevölkerung betroffen sind. Die Schweiz wird Projekte im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, der ländlichen Entwicklung, der guten Regierungsführung sowie Ausbildungsaktivitäten im

sozioökonomischen Bereich finanzieren. Dazu wurde das Verbindungsbüro der humanitären Hilfe, das in den Räumlichkeiten des Schweizer Konsulats in Ulan Bator untergebracht ist, in ein Kooperationsbüro umgewandelt. Dieses wurde im April dieses Jahres aus Anlass des 40. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Schweiz und der Mongolei von Staatssekretär Franz von Däniken eingeweiht. Markus Dubach, Honorarkonsul und für die Koordinierung der humanitären Hilfsprogramme zuständig, wurde im Januar 2004 zum dortigen Direktor ernannt. Er übernimmt nun auch die Koordinierung der gemeinsamen Umsetzung der Programme der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe der DEZA in der Mongolei.

Was eigentlich sind... Stakeholder?

(bf) Auf Deutsch wird das Wort Stakeholder etwa als Inhaber eines Anspruchs übersetzt. Das Prinzip der Stakeholder ist die Erweiterung des in der Betriebswirtschaft verbreiteten Shareholder-Value-Ansatzes. Im Gegensatz zum Shareholder-Value-Prinzip, das die Bedürfnisse und Erwartungen der Anteilhaber (z.B. bei einer Aktiengesellschaft die Aktionäre) eines Unternehmens in den Mittelpunkt der Ausrichtung stellt, versucht das Prinzip der Stakeholder das Unternehmen in seinem gesamten sozialen Kontext zu erfassen und die Bedürfnisse der unterschiedlichen Ansprüche miteinander in Einklang zu bringen. In diesem Sinne werden in der Entwicklungszusammenarbeit all diejenigen als Stakeholder bezeichnet, die von einer Massnahme beeinflusst oder berührt werden, beziehungsweise diese Massnahme selbst beeinflussen. Das heisst, neben der Zielgruppe eines Projekts oder einer Aktivität gehören beispielsweise auch Geberorganisationen, Benachteiligte, Regierungsvertreter, Interessengruppen sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und des privaten Sektors dazu. Der Begriff des «Stakeholder» wurde in den frühen 1990er Jahren von der Weltbank sowie einigen bilateralen Gebern in die Entwicklungszusammenarbeit übernommen. Heute spricht man oft von «Multi-Stakeholder-Ansatz». Das Ziel dieses Ansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit ist es, möglichst früh alle direkt und indirekt Beteiligten an einer Sache einzubinden und dadurch für alle das bestmögliche Resultat zu erzielen.





Sudan, 2002

«Humanitäre Hilfe hat immer



Mary Anderson ist die einflussreichste Theoretikerin im humanitären Bereich. So urteilt zumindest die New York Times. Die Amerikanerin, deren Thesen und Bücher weltweites Echo erzeugten, startete ihre akademische Laufbahn als Ökonomin. Nach ihrer Promotion an der Universität von Colorado wandte sie sich der Analyse von Genderfragen, Erziehungspolitik und Entwicklungsfragen zu. Sie lehrte und forschte unter anderem am Massachusetts Institute of Technology und am Harvard Institute for International Development. In den 1990er Jahren interessierte sich Mary Anderson vermehrt für die Zusammenhänge zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Konflikt. An der Spitze der NGO «Collaborative for Development Action» tritt sie seit 1995 für den stärkeren Einbezug von lokalen Ressourcen zur Überwindung von Krieg und Unterentwicklung ein. Ihre Dienste als Beraterin und Referentin sind auf der ganzen Welt nachgefragt.

Mit den Gefahren unbedachter oder falsch konzipierter Hilfeleistungen erstmals systematisch auseinandergesetzt, hat sich **Mary Anderson**. Ihr 1999 erschienenes Buch «Do No Harm» ist zum viel zitierten Entwicklungsklassiker avanciert. Heute berät sie weltweit Entwicklungsagenturen und NGOs beim möglichst effizienten Einsatz von humanitärer Hilfe. Auch die DEZA nimmt ihre Dienste in Anspruch. Interview: Thomas Jenatsch.*

Eine Welt: Kann Hilfe Konflikte vermeiden oder wenigstens eindämmen?

Mary Anderson: Kriege sind politisch. Hilfe kann Kriege weder stoppen noch verursachen. Sie wird einfach inmitten von Kriegen geleistet, so dass die Hilfswerke verantwortlich sind für die Auswirkungen ihrer Hilfe auf den Konflikt. Die Botschaft von «Do No Harm» ist, dass es keine neutralen Auswirkungen gibt. Die Art, wie Hilfe geleistet wird, hat immer Auswirkungen auf den Krieg. Man muss klug vorgehen, um jene Auswirkungen zu erhalten, die man anstrebt.

Welches sind die häufigsten Probleme bei Hilfslieferungen?

Nahrungsmittelhilfe wird von den Kriegsparteien oft zweckentfremdet. Manchmal werden die Nahrungsmittel verkauft oder zur Verpflegung von Armeen verwendet. Ausserdem können politische Führer durch die Wahl des Ortes für die Nahrungsmittelverteilung die Bevölkerungsbewegungen – zum Beispiel von Flüchtlingen – manipulieren. Ein von Hilfsorganisationen oft begangener Fehler liegt in der Auswahl der Zielbevölkerung. Kommt die Hilfe nur einer bestimmten religiösen oder ethnischen Gruppe zu gute, kann der Eindruck entstehen, dass eine Partei gegenüber einer

anderen bevorzugt behandelt wird. Bestehende Animositäten können dadurch verschärft und der Konflikt angeheizt werden.

Wie kann Hilfe in kluger Weise geleistet werden?

Indem man das reduziert, was die Menschen trennt, und die Dinge verstärkt, die sie verbinden.

In Bosnien, Somalia und Sudan hat die internationale Hilfe den Bürgerkrieg eher verlängert als eingedämmt, meinen Kritiker.

Viele humanitäre Organisationen, die im Südsudan arbeiteten, kamen tatsächlich zu diesem Schluss. Sie litten unter der Tatsache, dass die internationale Hilfe den Parteien ermöglichte, länger Krieg zu führen, als sie ohne diese zusätzlichen Ressourcen in der Lage gewesen wären. Die Mitarbeiter waren sich aber auch bewusst, dass sie grosses Leiden lindern konnten, und dass viele Menschen ohne sie gestorben wären.

Was schlagen Sie in solchen Fällen vor: Die Hilfe fortführen, mit dem Risiko, den Krieg zu unterstützen, oder die Hilfe ganz einstellen?

Entweder-oder-Argumente treffen selten die ganze Wahrheit. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass



Sudan, 2002

Stanley Greene / Agence VU (2)

Auswirkungen auf den Krieg»

sich eine Art Reinheit oder Neutralität aufrecht erhalten lässt, wenn man sich aus dem Konflikt heraushält. Der Entschluss, nicht in einem Kriegsgebiet zu intervenieren, lässt andere Dinge unwidersprochen. Auch hier geht es darum, wie die Hilfe geleistet wird. Hilfe kann die Vormachtstellung einer Partei stärken oder sie kann als internationale Augen und Ohren diese Macht in Frage stellen. Es gibt viele Möglichkeiten Hilfe zu leisten, und es findet sich immer ein Weg, sie so zu leisten, dass sie keinen Schaden anrichtet.

Sind die humanitären Hilfeleistungen im heutigen Irak nicht bloss Mittel zum Zweck der politischen Stabilisierung?

Meiner Meinung nach sind die Hilfeleistungen derart unbedeutend und gering, dass sie nicht sehr viel zur Stabilisierung der Situation beitragen. Falls überhaupt Stabilität erreicht wird, ist sie das Ergebnis der Bemühungen der irakischen Bevölkerung, die eine stabile Situation wünscht. Die Geberorganisationen können keine bedeutende Rolle im Irak spielen, solange die Regierung Bush darauf besteht, sämtliche Entscheide zu kontrollieren. Unter derartigen Bedingungen werden die Hilfsorganisationen als Handlanger der USA angesehen, die diesen helfen, ihre Ziele zu verfolgen. Einige Hilfsorganisationen haben sich denn auch aus dem Irak zurückgezogen, weil sie genau das nicht wollen.

Die Bilanz der Entwicklungshilfe in Sachen Konfliktprävention ist nicht sehr eindrücklich: Die Budgets steigen, doch die Konflikte nehmen scheinbar nicht ab.

Die Zahlen sagen etwas anderes. In den letzten fünf Jahren ging die Zahl der Konflikte gemäss fundierter Studien zurück. Haben die Hilfsorganisationen



Alexis Cordesse / Lookat Photos

Somalia, 1992

dazu beigetragen, Konflikte zu verhindern oder zu verringern? Wahrscheinlich nicht auf explizite Weise. Alle denken neuerdings an Prävention, denn sie ist natürlich besser als Heilung. Meist beginnt Konfliktprävention damit, dass man untersucht, warum Menschen überhaupt Krieg führen. Und dann sucht man nach einem überzeugenden System, mit dem sie von einer kriegerischen Auseinandersetzung abgehalten werden können. Die NGO, der ich vorstehe, geht anders vor. Gegenwärtig machen wir eine Reihe von Fallstudien über Gruppen in kriegsgebeutelten Gesellschaften, die eine Strategie gefunden haben, sich aus dem Krieg um sie herum herauszuhalten. In gewissem Sinn sind diese Menschen wahre Konfliktverhinderer. Vielleicht können wir von diesen



Mike Godwater / Network / Lookat

Sudan, 2002

«Do No Harm»

Externe Hilfe bewegt sich nicht in einem politischen Vakuum. Wenn humanitäre Hilfe in einem kriegerischen Kontext geleistet wird, wird sie selbst Teil dieses Kontexts. Hilfe kann den Konflikt eindämmen, verlängern oder auch verschärfen, aber sie hat nie einen neutralen Effekt. Dies ist die Kernanalyse von «Do No Harm», dem 1999 veröffentlichten Buch von Mary Anderson. Um ungewünschte oder gar verheerende Nebeneffekte zu vermeiden, muss der Hilfeleistung eine gründliche Kontextanalyse vorausgehen. Welche gesellschaftlichen Gruppen schüren den Konflikt, welche wirken vermittelnd? In «Do No Harm» unterstreicht Mary Anderson die Bedeutung von lokalen Friedenskräften. Ziel der humanitären Hilfe muss es sein die gesellschaftlichen Brückenbauer vor Ort zu stärken und die Kriegstreiber zu isolieren.

Gruppen etwas Nützliches lernen, das uns allen helfen wird, künftige Kriege zu verhindern.

Gibt es eine Möglichkeit, Krieg in einem grösseren Rahmen zu verhindern?

Ich glaube, zurzeit weiss niemand, wie Krieg verhindert werden kann. Aber ich weiss, dass mehr Kriege verhindert als angefangen werden. Die Zahlen sprechen für die verhinderten Kriege. Statistisch gesehen ziehen mehr Länder nicht in den Krieg, als dass sie es tun. Natürlich ist es schwierig, Menschen vom Kriegführen abzuhalten, wenn sie sich bereits darauf eingelassen haben. Doch braucht es einige Anstrengungen, Menschen in den Krieg zu schicken. Etwas muss geschehen, damit es soweit kommt.

Bürgerkriege werden oft eher aus Habgier denn aus Not geführt. Muss eine Strategie zur Armutsreduktion letztlich scheitern, wenn es um Konfliktprävention geht?

Noch einmal, es ist ein Fehler zu glauben, mit humanitärer Hilfe und wirtschaftlicher Zusammenarbeit könnten kriegerische Konflikte gelöst werden. Aber Sie haben Recht. Krieg wird selten wegen Armut geführt. Es gibt mehr arme Länder, die keinen Krieg führen, als solche, die einen führen. Allerdings sind mehr Krieg führende Länder arm als reich, also muss es zwischen Armut und Kriegsführung einen Zusammenhang geben. Allerdings ist Armut nicht der einzige oder bestimmende Faktor für einen Krieg. Der Kampf gegen die Armut ist eine gute Sache und sollte ernsthaft

und energisch vorangetrieben werden. Aber er ist nicht die beste Strategie zur Entschärfung von Konflikten.

Welches sind die Ziele Ihrer Arbeit mit der DEZA?

Die DEZA ist daran interessiert, die Ideen der beiden Ansätze «Do No Harm» und «Reflecting on Peace Practice» aufzugreifen. Wir arbeiten bereits mit zahlreichen internationalen Organisationen zu diesen Themenbereichen zusammen und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit einer weiteren wichtigen Organisation.

Sie arbeiten seit zehn Jahren mit dem «Do No Harm»-Ansatz. Haben Sie im Feld irgendwelche Auswirkungen dieser Arbeit feststellen können?

Ich kenne die richtige Antwort auf diese Frage nicht. Ich weiss nur, dass uns viele Menschen sagen, sie arbeiteten nach dem «Do No Harm»-Ansatz und fänden ihn sehr nützlich, um ihre Hilfsprogramme für die Menschen, mit denen sie arbeiten, klüger und verträglicher zu konzipieren. Doch ist «Do no Harm» ein ständiger Lernprozess. Wir ziehen nie einen Schlussstrich und sagen, so, das ist es, das ist die Wahrheit, geht hinaus und lebt danach. ■

** Thomas Jenatsch ist Mitarbeiter der Abteilung Medien und Kommunikation der DEZA*

(Aus dem Englischen)

Die neue Gewalt

Während 400 Jahren herrschte in Zentralamerika ein Flächenbrand: ein gewalterfülltes Territorium, ein tropischer Wilder Westen, wo die Spanier die Diskriminierung lehrten und Bauten für die Ewigkeit errichteten. Nach der Föderation von 1830 wurde die Region in fünf Republiken – Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica – aufgeteilt. Sie alle imitierten europäische Modelle und eiferten Nordamerika nach. Sie wünschten sich die Aura der Modernität. Ihre liebsten Träume galten der selektiven Einwanderung und der zentralamerikanischen Eisenbahn zur Schaffung eines amerikanischen Europas.

Diesem hybriden Gebilde – bestehend aus Indios, Mestizen, Schwarzen und Weissen – drückten Tyrannen den Stempel autoritären Herrschens auf. Dabei verkannten sie die demokratischen Traditionen und schufen romanhaft Biografien. Mit Unterbrüchen dauerte die bewaffnete Gewalt bis 1990. Der schmutzige Krieg forderte 180 000 Tote in Guatemala, 90 000 in El Salvador und 70 000 in Nicaragua und wurde erst dank innerem Konsens beendet. Zentralamerika verblutete und verpasste den Fortschritt.

Die kriegesischen Auseinandersetzungen wurden abgelöst durch alltägliche Aggressivität und zivile Gewalt globaler Art: Entführungen, Autodiebstähle, Jugendbanden, Armut, organisierte Delinquenz. Die Regierungen respektieren mehr oder weniger die Menschenrechte, aber die Menschen respektieren ihre Rechte nicht. Zentralamerika beschliesst die Weihnachtszeit mit hunderten von Toten, einer hohen Dosis an Brutalität, Alkoholmissbrauch, Verkehrsunfällen und Exzessen. Viele Feierlichkeiten verwandeln sich in blutige Rituale. Was geschieht mit dieser Region, die nicht lernt, in Har-

monie zu leben?

Zu viele Gewehre und Pistolen? Nein. In Kanada gibt es sieben Millionen Waffen und wenig Kriminalität. Eine gewalttätige Vergangenheit? Andere Nationen haben Schlimmeres erlebt und trotzdem schlachtet man sich nicht gegenseitig ab. Ein Fernsehen, das provoziert? Teilweise, denn ein Kind in Zentralamerika sieht jährlich hundert Filme, in denen 926 Delikte begangen werden, kein unwesentlicher Faktor. Vor allem aber fehlt es an der Erziehung zu gesellschaftlicher Toleranz, friedlichem Zusammenleben, Nächstenliebe und Solidarität. Das Problem heisst Hingabe, ein eminent kulturelles Anliegen.

Zentralamerika hat ein erschreckendes kulturelles Bedürfnis. Nach einer Kultur, die die Wurzeln bejaht und sich in die Welt einfügt; die das Selbstwertgefühl anhebt, indem es Werte bekräftigt; die den Machismus ausrottet und lehrt, die Unterschiede zu respektieren; die den Menschen zum Mitbürger und Bruder macht. Eine Makroökonomie hat unrecht, wenn sie nicht eine bessere Lebensqualität bewirkt, und Lebensqualität heisst, in Frieden leben. Es braucht Zeit, bis sich die Zivilisation entwickelt, denn diese ist in erster Linie ein Zustand des Bewusstseins. Heute gibt es keine Guerilla mehr in den Bergen, doch exotische Formen der Gewalt treten in Erscheinung. Bankrotte in der besseren Gesellschaft, verlogene Politiker, Drogenhandel, korrupte Regierungen, Intoleranz und Diskriminierung, die Folgen der Modernisierung. Es braucht neue Denkschemen, frische Visionen der Welt, intellektuelle Inspirationen, die den Sprung in die Zukunft ermöglichen, in dem sie das Bewusstsein der Menschen wiederherstellen und diese aufmuntern, sich zu bessern. Der Kampf

des 21. Jahrhunderts spielt sich vornehmlich im Bewusstsein ab, nicht nur auf materieller Ebene.

Nach 183 Jahren Unabhängigkeit ist Zentralamerika immer noch jung. Es kann von der Erfahrung älterer Länder profitieren, um sich zu organisieren. Die tägliche Herausforderung besteht darin, sich an humanistischen Entwicklungsmodellen zu orientieren, der Strömung universeller Prinzipien zu folgen, der Übernahme durch transnationale Unternehmen und ausländische Mächte zu widerstehen – kurz, sich selber zu sein. Nach der Beendigung des Krieges muss das friedliche Zusammenleben zurückgewonnen werden, die schwierigste Errungenschaft der Menschheit.

Die Herausforderung bleibt immer die menschliche Natur, deren Aggressionstrieb keine Grenzen kennt. Jenseits von Technologien und Wirtschaftssystemen, von Exporten und Prokopfeinkommen bestimmen die Völker ihr Geschick durch ihre vitalen Wünsche, das heisst, ihre kulturellen Ambitionen. Deshalb hoffen die Menschen in Zentralamerika so sehr, dass die Welt ihr historisches Experiment im Spiegel der eigenen Solidarität sehen möge. ■

(Aus dem Spanischen)



Julio Escoto ist nicht nur einer der anerkanntesten Schriftsteller und Journalisten von Honduras, er gehört auch zum kleinen Kreis der herausragenden Intellektuellen seines Landes. Besonders hervorgetan hat sich der 60jährige in seinen Werken, für die er mehrere internationale Preise erhielt, durch seine Identifizierung mit Honduras und dessen Werten. Zu seinen bekanntesten Werken gehören «Los guerreros de Hibueras», «El árbol de los Pañuelos», «Rey del Albor Madrugada». Auf Deutsch ist im Buch «Papayas und Bananen – Geschichten aus Zentralamerika» eine Geschichte von Julio Escoto erschienen.



Christian Poveda / Agence VU

Zeitgenössische Fotokunst aus Afrika

Nach dem Grosserfolg der Foto-Biennale von Bamako sind erstmals auch in der Schweiz eine Auswahl zeitgenössischer afrikanischer Fotografien zu sehen. «Rites sacrés / Rites profanes» in Bern zeigt das Bild einer Welt, die der unseren verblüffend nahe ist. Von Maria Roselli.

KULTUR



2

1. **Myriam Mihindou (Gabon)**
Relique d'un corps domestique, Hybride, 2002
2. **Sophie Elbaz (Algerien)** Lucy, 2002
3. **Indrid Mwangi (Kenia)** Coloured, 2001
4. **Jamal Benabdesslam (Marokko)** Prières rogatoires, Inezgane 2000



3

Noch jung und schon ein Klassiker: Die Foto-Biennale von Bamako wurde im November 2003, anlässlich ihrer fünften Auflage, von den Medien als der Fotografie-Event Afrikas gefeiert. Tatsächlich hat sich die Biennale von Bamako mit ihrer Auswahl erstklassiger afrikanischer Fotografinnen und Fotografen in den letzten zehn Jahren ein vorzügliches Renommee geschaffen.

Afrique en Créations». Das Thema der jüngsten Auflage war die Fotografie zwischen spirituellem und profanem. Für Simon Njami, Generaldirektor der Biennale, veranschaulichen die spirituellen und weltlichen Riten die Essenz des Menschlichen: «Während die spirituellen Riten von Gott oder Göttern besetzt sind, befassen sich die profanen Riten mit dem Indivi-

Neue Bilder Afrikas

Mit der Ausstellung «Rites Sacrés / Rites Profanes» im Berner Kornhausforum, die von der DEZA unterstützt wird, ist nun erstmals eine Auswahl der besten Bilder der Biennale in der Schweiz zu sehen. Die Kuratorin Silvia Luckner hat 165 Werke von 18 Fotografen und Fotografinnen aus zehn afrikanischen Ländern für die

von Klischees und Vorurteilen» ermöglichen.

Für einmal soll das wirkliche Afrika in seiner ganzen Vielfalt im Vordergrund stehen. Ein Afrika, das eben nicht nur aus Aids, Seuchen und Bürgerkriegen besteht. «Sogar in Fachkreisen ist weitgehend unbekannt, dass die afrikanische Fotogeschichte gleich alt wie die westliche Fotogeschichte ist. Diese Unkenntnis



4

Einen Monat lang waren in der Hauptstadt Malis an verschiedensten Ausstellungsorten über 3000 Aufnahmen von 50 Künstlerinnen und Künstlern aus ganz Afrika zu sehen. Organisiert wurde die Biennale von Bamako vom malischen Kulturministerium und der Kulturorganisation «Programme

dum. Wenn wir sie in der Fotografie anwenden, so enthüllen sie unsere Beziehung zum Problem der Repräsentierung.» Die Biennale war in verschiedene Sektionen gegliedert, die von der Sparte International bis zu Monographien und thematischen Ausstellungen reichten.

Ausstellung zusammengestellt. «Wir haben die Auswahl auf die thematische Ausstellung beschränkt, weil wir den Fokus auf die zeitgenössische afrikanische Fotokunst richten möchten», erklärt Luckner. Die Ausstellung will denn auch den Besuchern einen Einblick in das zeitgenössische Afrika «fernab

wollen wir mit unserer Ausstellung, durchbrechen», erklärt der Organisator der Berner Ausstellung, Niggi Popp von der Kulturorganisation Nawao. Anfang letzten Jahrhunderts stand in Afrika vor allem die Portrait-Fotografie im Vordergrund und ab den 1940er Jahren nahm auch die Fotoreportage



5



6



7

5. **Zwelethu Mthethwa (Südafrika)** Sacred Homes, 1999

6. **Susan Hefuna (Ägypten)** Ventanas, 2002

7. **Hala El Koussy (Ägypten)** Guezira, 2003

vermehrt an Bedeutung zu. Doch in Europa wurde vor allem die Fotografie der Missionare und der Ethnologen wahrgenommen. Diese begrenzte Wahrnehmung soll nun mit der Berner Ausstellung, in der das zeitgenössische afrikanische Fotoschaffen als eigenständige Kunstform im Mittelpunkt steht, korrigiert werden.

Zwischen Religion und erster Zigarette

Der Grossteil der in Bern ausgestellten Bilder ist zwischen 2000 und 2003 entstanden. Nur zwei der präsentierten Fotografen haben für ihre Bilder Momente der religiösen Riten Afrikas ausgewählt. Zwelethu Mthethwa, der sein Handwerk in Kapstadt und New York erlernte, zeigt Bilder von improvisierten Kirchen der verschiedenen Glaubensgemeinschaften, die in Afrika Fuss zu fassen versuchen. Während in seinen Fotografien die Räum-

lichkeiten der Kultstätten dominieren, steht in den Schwarz-Weiss-Bildern Andrew Tshabangus der Mensch im Mittelpunkt der Spiritualität. Kleine Alltagsgeschichten erzählen die Fotografien des jungen malischen Künstlers Mohamed Camara. Der 21jährige hält mit seinem Objektiv Momente fest, die Jugendliche sowohl aus Afrika wie Europa gut kennen. Seine Bilder sprechen eine internationale Sprache. Ein Ventilator, der den Rauch aus dem Schlafzimmer vertreiben soll, damit die Eltern nichts von den ersten Zigaretten ihres Sohnes merken, oder das gemütliche Ruhen auf dem ungemachten Bett nach einem Fussballspiel – das sind Bilder, die die Welt kleiner erscheinen lassen.

Vielschichtig aber provokativ

Grenzen überschreiten zwischen Realität und Phantasie, aber auch zwischen der westlichen und der

afrikanischen Welt ist das Motto der von Fatimah Tuggar inszenierten Familienfotos. Die nigerianische Starfotografin lebt in New York und spielt in ihren Fotomontagen bewusst mit den Statussymbolen der westlichen Welt.

Urbanität ist hingegen der rote Faden in den Werken der Ägypterin Maha Maamoun. Bis zu drei Meter gross sind die Fotografien, die nur kleinste Ausschnitte aus dennoch klar urbanen Szenarien zu erkennen erlauben: Ein geblümter Rock geht über einen weissen, verblässenen Fussgängerstreifen; der Wagen einer pastellfarbenen Strassenbahn hält vor einer Passantin. Schauen Sie genau hin. ■

Die Ausstellung in Bern

«Rites Sacrés / Rites Profanes» zeigt eine Auswahl Afrikanischer Fotografie der 5. Foto-Biennale von Bamako.

Vom 18. Juni bis 1. August im Berner Kornhausforum, Kornhausplatz 18, Bern.

Vernissage: Mittwoch, 16. Juni um 18.00 Uhr.

Podiumsgespräch: Donnerstag, 17. Juni um 20.00 Uhr unter anderem mit: Simon Njami, (Kurator der Biennale Bamako) Simon Haller (Moderator) Silvia Luckner (Kuratorin der Ausstellung Bern)

Vom Mekong bis Locarno

(dls) Am 57. Internationalen Filmfestival von Locarno stehen Filme aus aller Welt im Mittelpunkt. Die DEZA trägt einmal mehr zur Stärkung der Präsentation von Filmen aus dem Süden bei. Sie fördert zusammen mit den Organisatoren über gezielte Anlässe – beispielsweise das alle drei Jahre stattfindende Projekt «Offene Türen – Europäische Produzenten begegnen dem Kino der Welt» – Treffen von Regisseuren dieser Länder mit ihren Berufskolleginnen und -kollegen aus dem Westen. Das Projekt dient der Aufwertung des krisengeschüttelten Filmschaffens aus dem Süden und Osten. Im Vorjahr war es Kuba gewidmet. Dieses Jahr konzentriert es sich auf Filme aus der Region Mekong. Die DEZA unterstützt darüber hinaus die Postproduktion und Untertitelung von Filmen aus Entwicklungsländern und ermöglicht es den Regisseuren und Produzenten, überhaupt ans Festival reisen zu können. *Internationales Filmfestival von Locarno vom 4. bis 14. August; weitere Informationen: www.pardo.ch*

Das Reisfeld – Neak srê

(dg) In seinem Spielfilmdebüt erzählt der kambodschanische Regisseur Rithy Panh die Geschichte des Reisbauern Yong Poeuw und seiner Familie. Die Ernte, die sie einzubringen hoffen, muss die Eltern und deren sieben Töchter ernähren. Nach dem frühen Tod des Vaters sind seine Frau und die Kinder vollkommen auf sich allein gestellt. Immer häufiger wird die Mutter Om jedoch vom Geist ihres toten Mannes verfolgt, und bald



verliert sie ganz den Boden unter den Füßen. Die ganze Verantwortung liegt nun bei der ältesten Tochter. Der Film lebt von seinen starken, atmosphärischen Bildern, die mit zarter Poesie von den eng miteinander verbundenen Zyklen des Lebens und des Reisens erzählen. Und er vermittelt einen beeindruckenden Einblick in das ländliche Leben Kambodschas, dessen harmonisches Gefüge in Gefahr gerät.

Neak srê von Rithy Panh, Kambodscha 1994; Spielfilm, Video VHS, khmer, deutsch/französisch untertitelt, 125', ab 14 Jahren; Verkauf: trigon-film, Klosterstrasse 42, 5430 Wettingen; Tél. 056 430 12 30, info@trigon-film.org; Information und Beratung: Filme für eine Welt, Tél. 031 398 20 88, www.filmeeinewelt.ch

Reis ist Leben

(bf) Für gut zwei Drittel der Weltbevölkerung ist Reis Grundnahrungsmittel und für viele unter ihnen Existenzsicherung zugleich. Die UNO hat nicht zuletzt deshalb 2004 zum internationalen Jahr des Reisens erklärt. In der Schweiz ist das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) zusammen mit der seit dreissig Jahren im fairen Handel tätigen Claro Fair Trade AG und verschiedenen Hilfswerken für die nationale Kampagne «Reis ist Leben» zum Jahr des Reisens verantwortlich. Die Unterstützung des «Fairen Handels» ist ein Bestandteil zur Integration der Entwicklungs- und Transitionsländer in den Welthandel. Hier kann die Schweiz einen Beitrag zur Wahrnehmung neuer Marktchancen bei möglicher sozialer und umweltverträglicher Abfederung leisten. Die offizielle Website zum internationalen Jahr des Reis – www.rice2004.org – bietet in allen Welt Sprachen umfassende Informationen, ist über-

sichtlich dargestellt und nicht nur für Fachleute spannend, sondern auch für Laien, Schulklassen etc. www.rice2004.org

Afrikanische Kunst im Internet

(bf) Fast jedes wichtige Völkerkundemuseum hat eine oder mehrere Seiten über afrikanische Kunst im Netz. Im Folgenden eine willkürliche Auswahl einiger der spannendsten Seiten über afrikanische Kunst im Internet: Das namibische Nationalmuseum: www.natmus.cul.na/newindex.html

Das Nationalmuseum Mali: www.maliba.8m.com/Musee/collecti.htm

Musée du Quai Branly des Arts d'Afrique, d'Asie, d'Océanie et des Amériques Paris: www.quai-branly.fr

University of South Florida: www.camwood.org/Cont_Africa/xing.htm

Das «Harlem Network»:

www.nokmuseum.org

Seite bekannter afrikanischer Künstler wie Kiwuti Mbuno und Cyprien Toukoudagba: www.galleriaspazia.com/Africana.htm

Village du Monde II im Paléo

(gnt) Zum zweiten Mal ist die DEZA Partnerin des Paléo Festival Nyon im «Village du Monde». Im erneut vergrößerten Festivalgelände entsteht dieses Jahr ein «Barrio Latino», denn nach Afrika 2003 ist nun Lateinamerika das Thema. Auf der Bühne des Dôme werden typische und experimentelle Gruppen die enorme (und durch die Salsamania etwas verdeckte) musikalische Vielfalt des Kontinents zum Klingen bringen. Regionale Schwerpunkte sind dabei Kuba, Mexiko, Kolumbien, die Anden, Brasilien und Argentinien. Und im Village rundherum werden die Küchen, die Handwerke, das «Radio du Village», die Bilder und Animationsgruppen eine

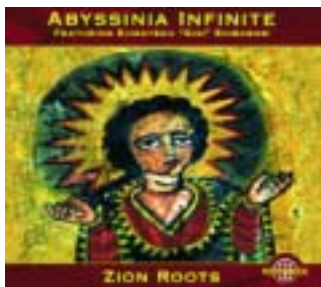
Service



echte Latin Ambiance zum Leben erwecken. Die DEZA will mit dieser Partnerschaft nicht nur gute Emotionen für den Süden schaffen, sondern die Solidarität mit fremden Kulturen fördern. In ihrem Zelt, der «Ronde de la DDC» kann sich das Publikum über Schweizer Beiträge zur Entwicklung Lateinamerikas informieren. Diese feierte letztes Jahr mit Bolivien und dieses Jahr mit Peru ihren 40. Geburtstag. Tickets und weitere Informationen: www.paleo.ch

Überraschende Schönheit

(er) In US-Hightech-Music-Labs werden cool main-streamige Sounds im Cross-over-Design für die weltweite Vermarktung abgemixt. In den Staaten wurde auch die CD «Zion Roots» eingespielt – unter der Obhut eines Mannes mit einem Flair für konsumentengerechte Crossovers: Bill Laswell. Beteiligt waren zudem dessen Frau, die äthiopische Sängerin Gigi und ein ganzer Reigen von bekannten Top-Musikern. Berechnende Coolness war Laswell aber fremd. Im Studio bettete er mit Soul,



der direkt ins Herz geht, Gigis atemberaubend-sinnlichen und glasklaren Sopran in eine Klangwolke von erdigtreibenden Perkussionsrhythmen, kosenden Akkordeonseufzern, sowie schwebenden Saxophon- und Flötenläufen ein. Moderne Samples-Harmonien verbanden sich behutsam-schnörkellos mit dem Wohlklang abessinischer Musiktraditionen, die weit in die biblischen Zeiten zurückreichen. Entstanden ist ein betörendes Album, über das Publikum und Medien im Himmel sind: Es wurde für den «BBC World Music Award» nominiert und belegte monatelang Spitzen-Plätze in den World Music Charts. *Abyssinia Infinite featuring Ejigayehu «Gigi» Shibabaw: «Zion Roots» (Network / Musikvertrieb)*

Musikalisches Universum

(er) Es ist ein spannender, hörens- und lesenswerter Einstieg in die Welt der heissen Klänge und Rhythmen, Melodien und Texte, Gesangs- und Tanzformen «vom armen, reichen Kontinent» Südamerika. Da ist zunächst eine CD mit 19 exklusiven Trouvaillen von Interpretinnen und Interpreten wie Celia Cruz, Atahualpa Yupanqui, Maria Bethania, Orquesta Aragón bis hin zu Astor Piazzolla. Dann ist es die von einem kompetenten Autorenduo auf 337 Seiten liebevoll und sorgfältig zusammengetragene Infofülle über beliebte Stile wie Bolero, Bossa Nova, Salsa, Samba, Merengue, Tango und über unbekanntere wie Chacarera, Cumbia oder Cueca. Leicht lesbar wird das historisch-soziale Umfeld dieser Musikwelt beleuchtet. Schliesslich gibts noch einen Anhang mit ausgewählten Literatur- und CD-Tipps, ein Instrumentenverzeichnis, eine Auflistung von Rhythmuspattern und ein Register. Das ganze, bereits vor einiger Zeit er-

schienene Paket zum Preis einer CD ist ein Muss für Latin-Fans – und macht, obschon es nicht ganz topaktuell ist, auch Lust auf die neusten Trends in diesem musikalischen Universum. *Arne Birkenstock / Eduardo Blumenstock: «Salsa, Samba, Santería» (dtv 24341 / Buchhandel)*

Schwermut und Lebenslust

(er) In Mexiko vermählen sich Schwermut und Lebenslust zur leidenschaftlichen Musik-Liaison. Oft ist es ein Grenzgang zwischen indigenen Traditionen und US-Wurzeln. Das ist auch im ausdrucksstarken und kraftvollen Gesang der 36jährigen Lila Downs spürbar, der Tochter eines



schottisch-amerikanischen Vaters und einer Süd-Mexikanerin. Diese berichtet mit facettenreichem Drei-Oktaven-Mezzosopran auf ihrer nun remasterten 97er-Debüt-CD nicht nur engagiert vom allgegenwärtigen Tod sondern auch von schillernd schönen Bräuchen. Dabei flirtet sie lustvoll mit perlenden Pianoläufen, mit fast überschwänglich-einschmeichelnden Saitenklängen und lüpfigen, hie und da schmetternden Bläusersätzen. Drei bisher unveröffentlichte Bonus Tracks runden das Album ab – darunter das oft interpretierte karibische Liebeslied «Bésame Mucho», dem die durch ihren Soundtrack des Oskarprämiierten Films «Frida» bekannt gewordene Sängerin neues Leben einhaucht! *Lila Downs: «La Sandunga» (Narada World / EMI)*

Blauer Planet

(bf) Jedes zweite Jahr vergibt die Stiftung Bildung und Entwicklung den mit 10000 Franken dotierten Preis «Blauer Planet» an Unterrichtsmittel, die sich besonders eignen, um Globales Lernen zu fördern. Dieses Jahr wurden drei Werke ausgezeichnet: «Kinderwelt – Weltkinder» ist eine DVD mit acht Filmen zum Kinderalltag in Afrika, Asien und Lateinamerika. Thematisiert werden z.B. Kinderarbeit, Strassenkinder, Geschlechterrollen, Spiel, Schule und Selbstbewusstsein.

«Wasser ist Leben» ist ein Faltblatt das Schülerinnen und Schüler anleitet, sich aus globaler Perspektive mit dem Thema Wasser auseinander zu setzen; z.B. mit dem Wasserkonsum, dem Zugang zu Trinkwasser oder mit Wasser in der Landwirtschaft. «Zusammen Leben» ist ein Heft, das Jugendliche anregt, über das Zusammenleben in unserer vielfältigen Gesellschaft nachzudenken. Ausgehend von konkreten Beispielen ermöglicht das Lehrmittel eine gezielte Reflexion zur eigenen Identität, zu Vorurteilen und zum Umgang mit Fremdem.

Informationen unter www.globaleducation.ch. Alle Lehrmittel sind erhältlich bei der Stiftung Bildung und Entwicklung, Monbijoustrasse 31, 3011 Bern, Tel. 031 389 2021

Ausgezeichnete Hundezeiten

(bf) Eines Tages hat der Hund Mbudjak genug von seinem Herrchen, reisst aus und streunt durch die Armenviertel der kamerunischen Hauptstadt Yaoundé, um die Menschen aus seiner natürlichen Perspektive, nämlich von unten, nicht nur kennen zu lernen, sondern auch zu verstehen. Er schliesst sich dem Müllman an, von dem er den einen oder anderen Brocken erwarten kann, er begegnet anderen Hunden, die sich über ihn



lustig machen, beobachtet Bettler und Strassenhändler, belauscht die heimlichen, kleinen Vergnügungen, die Gemeinheiten und Intrigen der Habenichtse, die aufrührerischen Reden der Pseudo-Intellektuellen, die er mit einem schulterzuckenden «Kamerun ist eben Kamerun» beantwortet. Dem Kameruner Schriftsteller Patrice Nganang gelingt es, durch die Perspektive des Hundes ein vielfarbiges, detailgenaues Bild der Lebensbedingungen und Sehnsüchte in den Armenvierteln seiner Geburtsstadt Yaoundé zu zeichnen. 2001 wurde das Buch mit dem Marguerite-Yourcenar-Preis für französischsprachige Werke von Autoren, die in den USA leben, ausgezeichnet und 2003 mit dem «Grand Prix de l'Afrique noire».

«Hundezeiten» von Patrice Nganang, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 2003

Vier Generationen Frauen

(bf) Während fünf Jahren hat die Fotografin Ilse Thoma vier Generationen von Frauen in

neun Ländern fotografiert. Die Frauen sind aus Gambia, Israel, Jemen, Indien, USA, Russland, Bolivien, Japan sowie Deutschland. Zusammen mit den Texten ergeben sich sehr lebensnah gestaltete Portraits, welche die Frauen sozusagen zu guten Bekannten macht. Die Portraits erzählen vom Kultur- und Wertewandel in den entsprechenden Gesellschaften, der wirtschaftlichen Lage der Länder ebenso wie den täglichen Gewohnheiten der Frauen. Die Fotografien dazu zeigen, die extrem unterschiedlichen Lebensweisen von ihnen auf, sei dies im bolivianischen Hochland, wo Tomasa gerade mit ihrem zehnten Kind schwanger ist und als ihr wertvollstes Gut nicht etwa ihre Lehmhütte ohne Tür oder ihre Lama-Herde betrachtet sondern den Borsalino-Hut den sie trägt, oder im jemenitischen Sanaa, wo Nagat Wasserpeife raucht und dazu Kat-Blätter kaut.

«Erzähl mir vom Leben» von Ilse Thoma, Benteli Verlag Bern, 2004

Nahostkonflikt

«Schweiz global», das Magazin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), befasst sich mit Themen der schweizerischen Aussenpolitik und ihres Umfeldes, aber auch mit ausserpolitisch wichtigen Zeitfragen. Es erscheint viermal jährlich auf Deutsch, Französisch und Italienisch. Das Dossier in Ausgabe 3/04 (erscheint Ende Juni) ist dem Nahostkonflikt

gewidmet. Schwerpunkt in der letzten, im April publizierten Nummer ist die schweizerische Kulturaussenpolitik.

Das Magazin kann kostenlos abonniert werden bei: «Schweiz global», c/o Schaer Thun AG, Industriest. 12, 3661 Uetendorf oder via E-Mail: druckzentrum@schaerthun.ch

Informationstechnologie

(bf) Von der sogenannten Informationsgesellschaft ist nicht erst seit dem «UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft» in Genf von Ende vergangenen Jahres viel die Rede. Bereits in den 1960er Jahren wurde sozusagen das Terrain dafür geebnet, als beispielsweise in Frankreich bereits heftig über die «Informatisierung der Gesellschaft» diskutiert wurde. «Wissen, Bildung, Informationstechnologie» wie die neuste Nummer der Halbjahreszeitschrift Widerspruch heisst, geht nicht nur auf die jüngere Geschichte in Sachen Informationsgesellschaft ein, sondern spannt den Themenbogen von den «Phantomen der Wissensgesellschaft» über «Afrikas Weg in die Informationsgesellschaft – eine Illusion?» bis zur «Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft». Äusserst empfehlenswert für alle, die Tiefgründiges zum Thema Informationsgesellschaft lieben.

«Wissen, Bildung, Informationstechnologie», Widerspruch-Heft 45 zu bestellen bei: Widerspruch, Postfach, 8026 Zürich; Tel/Fax 01 273 03 02; E-Mail: vertrieb@widerspruch.ch

Machtteilung

(jls) Unter dem Einfluss der Globalisierung verschieben sich die Machtzentren, die Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau sind ins Wanken geraten. An einer anfangs 2003 vom Genfer Universitätsinstitut für Entwicklungsstudien (Iued) durchgeführten Tagung in Genf sprachen 18 Rednerinnen und Redner über die Stellung der Frau in Einrichtungen und Entscheidungsprozessen. Sie fragten sich, wie der Kampf für die Gleichberechtigung von Mann und Frau in diesem neuen Umfeld weitergeführt werden soll. Die Protokolle der Tagung wurden vom Iued unter dem Titel *On m'appelle à régner* (Ich bin aufgefordert, zu regieren) veröffentlicht. Die Thematik wird auch in der Nummer 4 der *Cahiers genre et développement* behandelt. Gut dreissig Autorinnen und Autoren befassen sich mit dem Zugang der Frauen zur Macht, der Berücksichtigung ihrer Rechte, dem Empowerment der Frauen und der sozialen Gerechtigkeit. «On m'appelle à régner – Mondialisation, pouvoir et rapports de genre», Actes du colloque genre 2003. Gratis erhältlich beim Publikationsdienst des Iued: Tel. 022 906 59 50, Fax 022 906 59 53, publications@iued.unige.ch; «Genre, pouvoirs et justice sociale», Cahiers genre et développement 4/2003, *iued-efi*, L'Harmattan

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Harry Sivec (verantwortlich)
Catherine Vuffray (vuc) Barbara Affolter (abb)

Joachim Ahrens (ahj) Thomas Jenatsch (itm)
Antonella Simonetti (sia) Jean-Philippe Jutzi (juj)
Beat Felber (bf)

Redaktionelle Mitarbeit

Beat Felber (bf – Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie Mermod SA, Lausanne

Druck Vogt-Schild / Habegger AG, Solothurn

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis erhältlich bei:
DEZA, Medien und Kommunikation,
3003 Bern
Tel. 031 322 44 12 Fax 031 324 13 48
E-Mail: info@deza.admin.ch
Internet: www.deza.admin.ch

109846

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 54 000

Umschlag Laurent Cocchi



In der nächsten Nummer:

Südafrika ist weit mehr als ein Land im südlichen Afrika.
Die Probleme können lokal nur gelöst werden, wenn
grenzüberschreitend zusammen gearbeitet wird und sich
damit die ganze Region entwickelt.